

# VOLKSSTIMME

www.kpoe-steiermark.at

Steirische

Ausgabe 05, September 2006 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der steirischen **KPÖ**

## Heizkosten explodieren Ein teurer Winter steht bevor

**D**ie Heizkosten und Energiepreise steigen rasch an. Viele Steirer stoßen an ihre finanziellen Grenzen. Dazu kommen hohe Treibstoffpreise, teure Grundnahrungsmittel, teure Mieten. Viele Kleinverdiener wissen nicht mehr, wie es weitergehen soll. Seite 8



MILLIONENGAGEN:

**Manager verdienen sich goldene Nase**

LÄRM, STAUB, ABGASE:

**Gipsbergbau bedroht ein Wohngebiet**

RIESENVERLUST:

**Glücksspiel zerstört unzählige Existenzen**

*Immer mehr Menschen können sich das Heizen nicht mehr leisten, weil die Lebenshaltungskosten dramatisch ansteigen. Ab 1. Oktober steigen auch die Mieten wegen einer Indexanpassung. Am 1. Oktober haben Sie bei der Nationalratswahl die Möglichkeit mit Ihrer Stimme für die Liste 6 – KPÖ für eine gerechtere Politik einzutreten.*



1. Oktober: Franz Stephan Parteder

geben statt nehmen

**KPÖ**

<http://www.kpoe-steiermark.at>

DS\*



## KOMMENTAR

**Franz Stephan Parteder,**  
steirischer KPÖ-  
Vorsitzender

## Die Reichen sollen nicht erfreut sein

Die Reichen werden nicht erfreut sein: Wir von der KPÖ zeigen nämlich auf, dass die Kluft zwischen den Superverdienern und der Mehrheit der Bevölkerung immer größer wird, und wir fordern Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit.

Das ist heutzutage keine Kleinigkeit. Die „oberen Zehntausend“ haben sich das Leben in der Glitzerwelt des Kapitalismus so eingerichtet, dass alles so läuft, wie sie sich das vorstellen. Managergehälter wachsen rasant, Pensionen werden gekürzt. Ein Gratis-Yachturlaub von Finanzminister Karlheinz Grasser mit Bawag-Pleitier Wolfgang Flöttl und einem Großkapitalisten namens Julius Meinl wird als normale Sache hingestellt. Wenn arbeitende Menschen aber mehr vom Kuchen haben wollen, gibt es einen allgemeinen Aufschrei. Man könnte meinen, dass der Weltuntergang vor der Tür steht, wenn eine Berufsgruppe fordert, dass ihr Reallohn steigen sollte.

Die Parteien erfinden im Gegenteil immer neue Belastungen und Verschlechterungen für die Mehrheit der Bevölkerung und gleichzeitig machen sie es dem Großkapital immer leichter. Große Firmen zahlen beispielsweise fast keine Steuer mehr.

Soll das immer und ewig so weitergehen? Ich jedenfalls will, dass es endlich zu einer Umverteilung von oben nach unten kommt. Die Reichen sollen gar nicht erfreut sein.

*Franz Stephan Parteder,  
Steirischer KPÖ-Spitzenkandidat  
bei der Nationalratswahl  
am 1. Oktober*



### 2,8 MILLIONEN FÜR OMV-CHEFS

# Die Arbeiter schufteten,

Spitzenmanager haben jeden „Genierer“ verloren. Während stetig Arbeitnehmer gekündigt werden und Existenzen auf dem Spiel stehen, scheffeln die Chefs Jahr für Jahr Euro-Millionen. Das beleuchtet eine Studie der Arbeiterkammer. Das 35-fache eines normalen Gehaltes ist bei Managern keine Seltenheit.

Da bleibt Otto Normalverbraucher die Spucke weg: Auf der einen Seite steht eine Million Österreicher am Rande oder jenseits der Grenze zur Armut. Und auf der anderen Seite lachen sich die Spitzenmanager ins Fäustchen. Die Bosse von börsennotierten Firmen in Österreich konnten in den vergangenen fünf Jahren ihre Gehälter verdoppeln, so die Studie der AK. Während ein durchschnittlicher Bediensteter 29.000 Euro brutto pro Jahr verdient, bekommt ein Top-Manager eine Million Euro. Da passen die Relationen schon lange nicht mehr. Und von einer

besseren Bezahlung wegen der Verantwortung wollen wir gar nicht reden – man denke nur an die BAWAG.

## GEHALTSKLUFFT:

**Die AK** (Arbeiterkammer) hat recherchiert, wie die Gehälter der Manager seit 2000 explodiert sind. Laut ihrer Studie bekommen die Firmenchefs 95 Prozent mehr als vor sechs Jahren. Otto Normalverbraucher verdient gerade 10 Prozent mehr als 2000. Das Jahresgehalt der Mitarbeiter in den Spitzenunternehmen ist hingegen von 48.000 Euro auf 35.000 Euro gesunken.

„Während im Jahr 2000 der Vorstand eines Top-Unternehmens ‚nur‘ das 20-fache des österreichischen Durchschnittslohnes verdiente, war es im Vorjahr bereits das 35-fache“, rechnete hat AK-Direktor Werner Muhm aus. Demnach zahlt der Mineralölkonzern OMV mit 2,8 Millionen Euro pro Spitzenkraft das höchste Salär der heimischen ATX-Unternehmen, die an der Börse notiert sind. Darüber darf sich zum Beispiel OMV-General Wolfgang Ruttensdorfer freuen. Gegenüber 2000 seien die Gagen bei der OMV um 367 Prozent gestiegen, lässt die AK wissen. Die hohen Treibstoffpreise machen es möglich. Klar ist damit auch, warum Ruttensdorfer die Preise stets vehement verteidigt...

Die Top-Verdiener unter Österreichs Managern sitzen



Spitzengagen für österreichische Manager gibt es bei der OMV, bei der Ersten Bank und der Andritz AG. Die Chefs bekommen zwischen 1,13 und 2,8 Millionen Euro pro Jahr. Eine Studie der Arbeiterkammer ergab, dass das 35-fache eines Durchschnittsgehaltes keine Seltenheit ist!

OMV, Sparkasse

## Manager kassieren

in der OMV, bei der Andritz AG, in der Ersten Bank, Voest Alpine und RHI. Die Durchschnittsgagen bewegen sich hier zwischen 1,13 Millionen und 2,8 Millionen Euro. Am unteren Ende der Skala rangieren der Flughafen Wien oder die Energieversorgung Niederösterreich, wo sich die Chefs mit rund 320.000 Euro pro Vorstandsmitglied „begnügen“ müssen.

### So kann es nicht weitergehen

Für die Arbeiterkammer wird „die Schieflage bei den Einkommen immer schlimmer. Die Gagen der Top-Manager sind von denen ihrer Mitarbeiter völlig abgekoppelt“. So würden bei der teilweise im Staatsbesitz befindlichen OMV rund elf Millionen Euro für vier Vorstandsmitglieder aufgewendet, wovon

sieben Millionen Euro durch steuerschonende Aktienoptionen bezahlt würden.

Dass es so nicht weitergehen kann, meinen sogar – man lese und staune – so manche Manager selbst. Wie etwa Böhler-Uddelholm-Chef Claus Raidl, der in der Kleinen Zeitung meinte, dass es Grenzen für Gehälter geben müsste. „Der Kapitalismus wird nur überleben, wenn es gelingt, die Verteilungsfrage zu entschärfen“, so Raidl, der selbst das 22-fache seiner Böhler-Hackler bekommt.

Geht es nach der KPÖ, muss eine Reichensteuer für die Euro-Millionäre her, um etwas mehr Gerechtigkeit bei den Einkommen zu ermöglichen. Die Steuerfreiheit für Stiftungen sollte abgeschafft werden. Mehr Informationen dazu gibt es im Reichtumsbericht der steirischen KPÖ – mehr dazu auf Seite 22.

## MEINUNG



Ernest Kaltenegger

## Das Glück ist ein Vogerl

Welcher größere Ort in der Steiermark hat noch kein Wettcafé? Selbst wenn man sie nicht sehen würden, erfahren wir von ihrer Existenz spätestens durch die beinahe regelmäßigen Medienberichte über die Überfälle auf diese Klein-Casinos. Dabei sind die Raubüberfälle nur die Spitze des Eisberges.

Die anderen Folgen der ständig steigenden Spielsucht sind nicht weniger dramatisch. Tausende Existenzen wurden bereits vernichtet. Aus gut situierten Menschen sind Mittellose geworden, Einkommensschwache haben ihr wenig Geld zur Gänze verspielt, so dass es nicht einmal mehr für Miete, Strom und Essen reicht. Familien zerbrechen, Leidtragende sind nicht selten die Kinder. Sozial- und Schuldnerberatungsstellen können ein Lied davon singen.

Die Flut an Wettcafés hat längst die Schwelle eines harmlosen Vergnügens überschritten. Das Land Steiermark hätte die Möglichkeit, diesem

Wildwuchs einen Riegel vorzuschieben – durch das völlige Verbot des so genannten „Kleinen Glücksspiels“ oder das Anheben der Besteuerung, damit sich das Geschäft für die Betreiber einfach nicht mehr lohnt. Auch eine sehr hohe Standortabgabe für Wettcafés wäre hilfreich.

In diese Richtung hat die KPÖ jetzt einen Vorstoß im Landtag unternommen. Es muss endlich gehandelt werden! Schließlich bezahlt die öffentliche Hand auch die Folgekosten dieser ausufernden Spielsucht. Ob es um Sozialhilfe für gescheiterte Menschen oder um die unbedingt notwendigen Therapieangebote geht, alles muss mit Steuergeldern finanziert werden. Ganz abgesehen vom menschlichen Leid, das als Folge einer solchen Sucht entsteht.

Das Glück ist ein Vogerl, heißt es oft verniedlichend beim Glücksspiel. In der Realität entpuppt sich dieses Vogerl nicht selten als ausgewachsener Pleitegeier.

## KLEIN, ABER MIT BISS



*Der Stimmzettel ist bei der Wahl am 1. Oktober sehr lang. Aber die KPÖ kann man nicht verwechseln.*

## INHALT

Schnellschuss in Herberstein...	4
Ein kalter Winter steht bevor..	6
Das Ende des Staates .....	11
Allerhand aus Stadt und Land ..	12/13
Mehr Kinderbetreuung .....	14
Die Gesundheitsvorsorge in Gefahr .....	15
Tragödien am Arbeitsmarkt	16/17
Mehr Nahverkehr für die Steiermark.....	18/19
Billiger tanken für Steirer? ....	19
Glücksspiel schadet dem Lebensglück .....	20/21
Atomkraft Europa? .....	24



## LANDESREGIERUNG IN EILE Schnellschuss in Herberstein

Herberstein im Zwielicht: Unbestritten ist die Wichtigkeit des Tierparks für die Region. Dennoch beschließt die Landesregierung im Schnellverfahren eine neue Zusammenarbeit mit der Familie Herberstein, bevor Untersuchungsausschuss und Staatsanwaltschaft die dubiosen Machenschaften um Fördergelder aufgeklärt haben.

Ein Untersuchungsausschuss durchleuchtet nun die Missstände rund um den Fall Herberstein. Trotzdem hat die SPÖ-ÖVP-Landesregierung bereits grünes Licht für neue Verträge mit dem Adel gegeben.

Werner Murgg (KPÖ), Vorsitzender des Ausschusses zum Fall Herberstein, ist empört: „Mich befremdet vor allem die Haltung der SPÖ. Schließlich war sie es, die den Herberstein-Untersuchungsausschuss gefordert hat. Nun schafft man vollendete Tatsachen, bevor der Ausschuss mit der Zeugenbefragung beginnt.“

Geht es nach der Landesregierung, wird das Land über

eine 100-Prozent-Tochtergesellschaft den Tierpark für 20 Jahre pachten, einschließlich der Schänken und der Souvenirläden. Die Pacht soll pro Jahr 92.500 Euro betragen, obwohl ein Gutachten des Landes 84.000 Euro vorschlägt. Zu einem Verkauf waren die Herbersteins angeblich nicht bereit.

Zur Erinnerung: Insgesamt wurden zwischen 1983

und 2004 Förderungen über knapp 7 Millionen Euro an Herberstein ausgeschüttet. Wieviel davon zu Unrecht bezogen wurde, wissen wir noch nicht. Trotzdem sollen nun nochmals 230.000 Euro als Ablöse bezahlt werden. Zusätzlich berappt das Land 524.300 Euro für den Ankauf von Erweiterungsflächen. Damit nicht genug: Laut dem Gutachten der Wirtschaftskanzlei Rabel sei beim Tierpark mit einem Verlust von bis zu 700.000 Euro pro Jahr zu rechnen. Dazu kommen bis 2009 Investitionskosten von bis zu 2,3 Millionen Euro.

Nach den Vorstellungen

der Landesregierung wird es weiter eine Kombieintrittskarte für Tierpark, Schloss, Gärten und Museum geben. 70 Prozent kassiert das Land, 30 Prozent die Herberstein OHG. Damit besteht weiter eine Geschäftsbeziehung mit der Familie Herberstein.

Werner Murgg: „Unserer Meinung nach ist lediglich ein Kauf der Anlagen, gegen Abzug der widerrechtlich bezogenen Förderungen, vertretbar. Es ist der jahrelang getäuschten Öffentlichkeit kaum zumutbar, wenn das Land weiter mit der Familie Herberstein in einer Geschäftsbeziehung steht!“

Die KPÖ werde dieser Pachtkonstruktion im Landtag auf jeden Fall eine Absage erteilen. Werner Murgg will nicht nur die politische Verantwortung für den Fördermissbrauch geprüft wissen, sondern auch der Frage nachgehen, wie der Tierpark bisher geführt wurde; ob er den Anspruchskriterien für einen wissenschaftlichen Zoo entspricht.

**Helfen statt reden  
Beratung in allen Lebenslagen**



in Stadt  
& Land **KPÖ**

**Notruf 0316/ 877 5104**

**Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Im Landhaus!**

# Probleme bei Wohnungsvergaben

Der Landesrechnungshof kritisiert 26 von 30 Wohnbau-Genossenschaften. Auch bei Förderstelle des Landes gibt es Mängel.

www.bigshot.at



Scharfe Kritik an den Wohnbau-Genossenschaften übt der Rechnungshof: „Die in der Steiermark tätigen (gemeinnützigen) Genossenschaften und Hausverwaltungen und die Wohnbau-Förderabteilung des Landes sind den Vorgaben in hohem Maße nicht nachgekommen“, heißt es im Prüfbericht über 30 gemeinnützige Bauträger, der vom Kontrollausschuss des Landtags unter die Lupe genommen wurde.

Das Ergebnis war niederschmetternd. Bei 26 (von 30!) Bauträgern wurden Mängel hinsichtlich der gesetzlichen Vergabevorschriften festgestellt. Drei Bauträger waren besondere „Ausreißer“: die GEMYSAG, die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft der VA-Tech Elin GmbH und „Leykam“ Gemeinnützige

Wohn-, Bau- und Siedlungsgenossenschaft. Die Vergabe von geförderten Wohnungen durch die geprüften Bauträger erfolgte überwiegend nicht ordnungsgemäß.

Auch die Wohnbauförderungsabteilung ist laut Rechnungshof ihrer Verpflichtung zur Kontrolle überwiegend nicht nachgekommen. Werner Murgg, Vertreter der KPÖ im Kontrollausschuss: „Was hier ans Tageslicht gekommen ist halte ich für skandalös. Für Genossenschaften, die gesetzwidrig handeln, muss es Konsequenzen geben.“ Landesrat Johann Seitinger sagte zu, die Kontrollen zu verbessern. Seitinger: „Auch über Konsequenzen für Bauträger, die die Bestimmungen nicht einhalten, muss nachgedacht werden.“

## Unwissender Minister

„Ich habe davon nichts gewusst und bin völlig überrascht“, meinte Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, als unlängst bekannt wurde, dass sein Schloss Lannach eine KZ-Außenstelle war.

Die SS benutzte dort Häftlinge als Sklavenarbeiter in der Pflanzenforschung. Es scheint, dass die Familie seit 1947 die Ergebnisse – auch der Sklavenarbeit – für ihre Zwecke nutzte.

## KOMMENTAR

# Energiepreise senken!

Von LAbg. Werner Murgg



Die Steirerinnen und Steirer stöhnen unter explodierenden Energiepreisen – bis zu 500 Euro müssen die Menschen pro Jahr dafür mehr bezahlen. Immer mehr Familien sehen dem kommenden Winter mit Angst entgegen, wenn sie an ihre Heizrechnung denken. Pendlerinnen und Pendler werden mit voller Wucht von den rasant gestiegenen Treibstoffpreisen getroffen, obwohl sie für die spekulationsgetriebene Hausse an den Ölmärkten nichts können. Viele sind auf Grund des immer noch mangelhaften Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln auf das eigene Auto angewiesen, wenn sie ihren Arbeitsplatz erreichen wollen.

Freilich, nicht überall kann das Land regulierend auf die steigenden Energiepreise einwirken. Die Möglichkeiten sind begrenzt. Aber dort, wo das Land Steiermark die Möglichkeit hat, für ein Sinken der Preise zu sorgen, sollte von dieser Gebrauch gemacht werden. Ich habe bereits in der ersten Sitzung des neu gewählte Landtages, Mitte November, an Landeshauptmann Voves die Frage gestellt, ob er bereit wäre, seinen Einfluss als Eigentümervertreter bei der ESTAG dahingehend geltend zu machen, dass die mit 1. 1. 2006 wirksame Strompreiserhöhung rückgängig gemacht wird. Der Landeshauptmann sagte zu, sich für einen neuerlichen Landesbonus für ESTAG-Kunden einzusetzen. Nun existiert seit 13. Dezember ein mehrheitlicher Beschluss des Landtages – lediglich die SPÖ hatte dagegen gestimmt –, diesen Strombonus auch für das Jahr 2006 zu gewähren. Passiert ist bisher nichts. Der Strom wurde teurer, Landesbonus gibt es keinen.

Im Juli hat es im Landtag wieder

eine Fragestunde gegeben. Ich habe die Gelegenheit genützt, um den Landeshauptmann auf diesen Beschluss aufmerksam zu machen und ihn zu fragen, wann endlich mit der Umsetzung des Beschlusses zu rechnen sei. Landeshauptmann Voves redete sich auf europarechtliche Bedenken aus. Ein neuerlicher Bonus wäre wettbewerbsverzerrend.

Langer Rede kurzer Sinn: Der Landtag kann beschließen was er will, die Umsetzung durch die jeweils zuständigen Mitglieder der Landesregierung folgt keineswegs zwingend.

Dafür gibt es noch ein zweites, trauriges Beispiel aus der jüngsten Zeit. Auch hier geht es um die Senkung der Energiepreise. Der Landtag hat mit den Stimmen von KPÖ und SPÖ mehrheitlich beschlossen, die Landestankstellen öffentlich zugänglich zu machen und so Druck auf die Mineralölkonzerne auszuüben, damit diese die Preise bei ihren Tankstellen senken. In Leoben funktioniert das wunderbar. Seit die Stadtwerke Leoben ihre Tankstelle der Öffentlichkeit zugänglich gemacht haben, gilt Leoben als Tiefpreisinsel.

Leider ticken im Land die Uhren anders. Die zuständige ÖVP-Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder erteilte dem Landtagsbeschluss zur Öffnung der Landestankstellen bereits eine Absage und stellt sich schützend vor die Lobby der Mineralölkonzerne. Da darf man sich dann über die steigende Politikverdrossenheit der Menschen in unserem Land nicht wundern. Egal was der von ihnen gewählte Souverän Landtag beschließt: Einzelne Mitglieder der Landesregierung scheinen sich darum wenig zu kümmern. Das ist der eigentliche Skandal!



Die Kosten für Heizöl, Erdgas, Fernwärme, Pellets und Holz steigen immer weiter, vielfach ohne ersichtlichen Grund. Auf viele Steirer mit geringen Einkommen wartet somit ein harter Winter.

## DIE HEIZKOSTEN EXPLODIEREN

# Kalter Winter steht bevor

Kälte leiden steht in diesem Winter vielen in Haus. Im Schlepptau der Erdöl- und Treibstoffpreise explodieren die Heizkosten. Öl, Brennholz, Gas, Strom und Fernwärme sind teuer wie nie zuvor. Außerdem wackelt der Heizkostenzuschuss.

**B**rennstoffe werden immer teurer, heizen wird zum Luxus. Besonders ärgerlich sind die Preissteigerungen bei Holzpellets, betont KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger. In Österreich liegt der Anteil von Pelletheizungen bei Neubauten bei rund 35 Prozent. Von der massiven Teuerung sind also sehr viele Haushalte betroffen.

Kaltenegger: „Die Betroffenen wurden mit dem Argument geködert, eine Pellet-Heizung würde sie unabhängig vom Ölpreis machen. Also haben viele Haushalte

in neue Heizungen investiert. Nun stellt sich heraus, dass die Preissteigerungen teilweise sogar über dem Öl liegen, obwohl es keinen nachvollziehbaren Grund für diese Teuerung gibt.“

**D**er Preis für Heizöl explodiert leicht stieg heuer zwischen Jänner und August um 12 Prozent und hält derzeit bei etwa 72 Cent pro Liter. Bei Pellets hingegen stieg der Preis um 26 Prozent! Eine Tonne kostet nun 228 Euro; im Frühjahr waren es noch 178 Euro. Im direkten Vergleich entspricht eine Tonne Pellets um 228 Euro rund 454

Liter Heizöl um 327 Euro.

Die Pellets sind also im Vorteil. Und zwar nicht nur beim Preis, denn sie werden aus Säge- und Hobelspänen hergestellt und weisen im Vergleich mit Heizöl eine wesentlich bessere Umweltbilanz auf: Der Energieaufwand für die Produktion beträgt nur vier Prozent der Endenergie, bei Erdgas sind es 10 und bei Öl sogar 12 Prozent. Dazu kommt, dass lange Transportwege entfallen.

Deshalb hat die KPÖ bereits in der Juni-Sitzung des steirischen Landtages vorgeschlagen, das Land solle eigene Pelletieranlagen in strukturschwachen Regionen errichten, um preisregulierend im Interesse der Bevölkerung eingreifen zu können. Diese Anlagen, die man in der von Landeshauptmann

Franz Voves angekündigten Landesholding unterbringen könnte, würden nebenbei neue Arbeitsplätze schaffen.

Davon haben die Steirer in diesem Winter allerdings noch nichts. Dazu kommt erschwerend, dass es den Heizkostenzuschuss des Landes nicht mehr gibt. Er ist nun Teil der „Wohnbeihilfe neu“. „Da kann aber leicht so mancher durch den Rost fallen. Zum Beispiel Menschen, die eine kleine Wohnung oder ein Häuschen geerbt haben, dort mit einer kleinen Pension leben, aber keine Wohnbeihilfe bekommen“, fürchtet KPÖ-Mandatar Kaltenegger. Die KPÖ wird deshalb im Landtag darum kämpfen, dass der Heizkostenzuschuss erhalten bleibt. Im letzten Winter haben ihn 25.000 Steirer gebraucht!

liste 6

# Euro immer weniger wert!

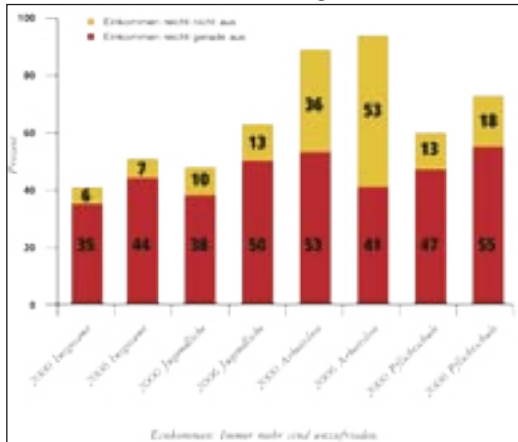
Immer mehr Menschen – auch wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen – kommen nicht mehr über die Runden. Die Zufriedenheit mit dem Verdienst geht massiv zurück. Das hat eine Studie der Arbeiterkammer festgestellt.

## Trotz Arbeit arm

Die finanzielle Lage von Hilfsarbeitern hat sich in den vergangenen Jahren weiter verschlechtert. Im Jahr 2000 gaben 55 Prozent an, dass ihr Einkommen gerade ausreichend sei. 2006 ist der Anteil in dieser Gruppe auf 62 Prozent gestiegen. Beschäftigten mit nur Pflichtschulabschluss fällt es derzeit generell schwerer, mit dem Einkommen das Auslangen zu finden, als noch

vor sechs Jahren: „Sehr gut“ oder „gut“ vom Einkommen leben können heute 27 Prozent dieser Gruppe, im Jahr 2000 waren es noch 40 Prozent.

Gründe gibt es viele:



## Euro-Teuerung

Der Schilling-Euro-Umrechnungskurs hat sich negativ ausgewirkt – gerade bei vielen Kleinigkeiten gilt: 10 Schilling ist gleich ein Euro.

## Hohe Energiepreise

Die Treibstoffpreise sind hoch wie noch nie. Das Heizöl ist superteuer, auch andere Heizungsarten orientieren sich daran.

## Brotpreise steigen

Die Brotpreise steigen im Herbst, eine Erhöhung von 15 bis 20 Prozent ist angekündigt. Auch bei Fleisch wird es Preiserhöhungen geben.

## Höhere Mieten

Als „Wahlzucker!“ gibt es am 1. Oktober eine 5%ige Mieterhöhung (Indexanpassung). Auf der anderen Seite stehen stagnierende Einkommen und Pensionen – außer bei Spitzenmanagern (wir berichten auf Seite 2).



Er ist gegen die Belastungen: Franz Stephan Parteder ist steirischer Spitzenkandidat der KPO für die Nationalratswahl am 1. Oktober.

## Millionärssteuer als großer Hit

Vermögen von mehr als einer Million Euro sollen mit einer Vermögensteuer von fünf Prozent, zweckgebunden für Existenzsicherung und Armutsbekämpfung, besteuert werden. Der Einsatz für diese Idee ist ein wichtiger Punkt im KPO-Wahlkampf.

Eine Petition mit diesem Inhalt liegt bei der KPO (Bezirksbüros, Infostände, Wahlkampfaktionen) auf – und unglaublich viele Menschen sprechen sich dafür aus! Unterschriftenbögen können unter der Telefonnummer

0 3 1 6 / 7 1 2 4 7 9 bezogen werden oder bei [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at) heruntergeladen werden.



Der Regisseur Kurt Palm bei seiner Veranstaltung „Der Wolfgang ist fett und wohlauf“ über Mozart in Graz. Kurt Palm ist einer der Spitzenkandidaten der KPO bei der kommenden Nationalratswahl – ein weiterer guter Grund, die KPO zu wählen!



# Die ganze steirische Breite

In der Steiermark gibt es 8 Regionalwahlkreise. In allen Wahlkreisen und auf der Landesliste stellen sich arbeitende Menschen aus allen Bereichen des Lebens der Wahl, die für mehr soziale Gerechtigkeit in Österreich eintreten.

Stellvertretend wollen wir an dieser Stelle einige Kandidatinnen und Kandidaten der Liste 6 – KPÖ vorstellen. Die vollständigen Listen sind unter [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at) zu finden.

## Das will die steirische KPÖ

- ▲ Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen
- ▲ Gemeindewohnungen auf den Gründen den aufgelassenen Kasernen bauen
- ▲ Keine Privatisierung von öffentlichem Vermögen. Erhaltung der Grundversorgung (Gesundheitswesen, Pensionen...) im öffentlichen Eigentum
- ▲ Verpflichtung von Betrieben, die keine Lehrlinge ausbilden, in einen öffentlichen Fonds einzuzahlen, mit dem öffentliche Lehrwerkstätten finanziert werden
- ▲ Sozialpass für Menschen mit geringem Einkommen
- ▲ Abschaffung der Regresspflicht bei der Sozialhilfe
- ▲ Abschaffung der Selbstbehalte im Gesundheitswesen
- ▲ Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten, Betriebskosten und Medikamente
- ▲ Nahverkehrsabgabe zur Finanzierung des Öffentlichen Verkehrs
- ▲ Kürzung von Politikerprivilegien
- ▲ Millionärssteuer
- ▲ Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Pensionen und Gesundheit
- ▲ Aktive Neutralitätspolitik statt Beteiligung an einer Euroarmee
- ▲ Keine Stationierung der Eurofighter im Aichfeld

### WAHLKREIS 6G – LEOBEN/LIEZEN

#### Gegen Unrecht und Willkür in Eisenerz



**Karl Fluch** (62) ist Gemeinderat in Eisenerz. Der ehemalige Stadtrat der Bergstadt wird in den Medien als „kommunistisches“ Urgestein bezeichnet. Er hat im Bergwerk gearbeitet und war in seiner Freizeit Fußball-Schiedsrichter.

„Wir können niemandem einen Posten oder anderes versprechen, sondern nur dass wir unermüdlich gegen Willkür, Unrecht und Freunderlwirtschaft auftreten werden und uns nicht scheuen, die Dinge beim Namen zu nennen. Als Kandidat der KPÖ bitte ich Sie um Ihre Unterstützung und ersuche sie mir durch Ihre Stimmen das Vertrauen auszusprechen.“

### WAHLKREIS 6H – KNITTELFELD/JUDENBURG/MURAU



**Christine Erschbaurer** ist Gemeinderätin in Judenburg: Besondere Anliegen sind ihr der Tierschutz und soziale Gerechtigkeit.

geben  
statt  
nehmen

**KPÖ**  
liste 6

### WAHLKREIS 6E – WEIZ/HARTBERG

#### Wolfgang Feigl:

#### Wider die Spekulanten und Egoisten

**Wolfgang Feigl** (48) (Bild rechts unten) war 10 Jahre lang Gemeinderat der Grünen in Weiz. Der Geschäftsführer einer Solar-technik-Firma wird auch Energierebell genannt. Er war Initiator des Jugendzentrums in Weiz.

„Meine neue politische Heimat ist die KPÖ Steiermark. Ich

bin unabhängiger Kandidat und trete als Spitzenkandidat für die KPÖ im Wahlkreis Weiz/Hartberg an. Damit möchte ich auch die menschliche Politik von Ernst Kaltenegger und Franz Parteder unterstützen. Politisches Engagement ist wichtig, da sonst die Spekulanten und Egoisten im Land das Ruder übernehmen.“

### WAHLKREIS 6C – DEUTCHLANDSBERG / LEIBNITZ

**Petra Stöckl**, Biologin: „Ich frage mich, was die unrealistischere Forderung ist: Die nach dem Austritt aus der EU oder zum Beispiel die nach Aufrechterhaltung der österreichischen Neutralität, die nach Lösung des Transitproblems“.





## Landesparteiliste:



1. Parteder Franz, Journalist



2. Egger Elfriede, Gemeinderätin



3. Scherz Peter, Werkzeugmacher



4. Moazed Eva, Apothekerin



5. Feigl Wolfgang, Energie-Rebell

## Franz St. Parteder: „Die Not lindern!“ Altersarmut wirksam bekämpfen!

„Die steirische KPÖ begreift sich als Anwältin der älteren Menschen“. Das stellte Landesvorsitzender und Spitzenkandidat bei den Nationalratswahlen, Franz Stephan Parteder, fest.

Gerade die älteren Menschen spüren den Sozialabbau, die steigenden Belastungen und die Verschlechterungen beim Pensionssystem besonders stark. Sie sollen länger arbeiten und werden als erste in die Arbeitslosigkeit

geschickt. Selbstbehalte im Gesundheitssystem treffen sie ebenfalls stärker als Jüngere. Deshalb stehen die Vermeidung von Altersarmut der Rentnerinnen und Rentner und der Kampf gegen die immer ungleicher werdende Einkommensverteilung im Alter auch im bevorstehenden Nationalratswahlkampf im Zentrum unserer Vorschläge.

Parteder: „Die Selbstbehalte im Gesundheitswesen gehören abgeschafft!“ – „Für die Rücknahme der Pensionsreform!“

## Gute Arbeit für Stadt und Land



Im vergangenen Herbst hat Ernest Kaltenecker den Wiedereinzug der KPÖ in den steiermärkischen Landtag geschafft. Die steirische KPÖ leistet nun auch im Landtag, so wie in Graz mit den Stadträtinnen Elke Kahr und Wilfriede Mongioudis, hervorragende Arbeit.

Eine Stimme für die KPÖ bei der Nationalratswahl könnte ein Zeichen setzen, dass auch dort die alltäglichen Probleme der Menschen in unserem Land stärkere Beachtung finden. Viele

Menschen sind von einer Politik enttäuscht, die nur die Reichen begünstigt und die Schwächeren belastet. Deshalb wollen sie gar nicht mehr zur Wahl gehen.

**A**ber: Am 1. Oktober steht die KPÖ am Stimmzettel – und eine Stimme für die KPÖ wirkt!

Es besteht die Möglichkeit eine Vorzugsstimme für Franz St. Parteder abzugeben. Achten Sie aber bitte darauf, die Liste 6 eindeutig anzukreuzen.

## Eurofighter - Nein danke

Die SPÖ redet gegen den Kauf der Eurofighter, die ÖGB-Bank Bawag besorgt für die Regierung die Finanzierung dieses Milliarden-Rüstungsgeschäfts. Das alles ergibt nur dann einen Sinn, wenn man weiß, dass die Eurofighter am Standort Zeltweg genau in das Konzept der Euro-Armee passen. Deshalb sagen wir weiterhin Nein zu den Eurofightern und zur Aushöhlung der österreichischen Neutralität.

Die Steiermark darf nicht zur Militärregion werden. Dafür steht die KPÖ!



*Veränderung beginnt mit  
einer guten Wahl.*

## ÖGB-wohin?

Die Reichen werden immer reicher. Wir leben in einer Zeit des Sozialabbaus und des Angriffs auf elementare Rechte der Arbeiter. Aber der ÖGB ist vor allem mit den Folgen des Bawag-Skandals beschäftigt. Einige wenige ÖGB-Bonzen haben es geschafft das Vermögen der österreichischen Arbeiterbewegung zu ver-spekulieren.

Der ÖGB steht an einem Scheideweg. Ohne Demokratisierung und echten Einsatz für die Benachteiligten ist eine Wende zum Besseren nicht zu erreichen.

**W**ir treten für eine grundlegende Veränderung der Gewerkschaftspolitik ein. Gewerkschafter müssen wissen, für wen sie da sind. Und das sind nicht die Leute vom Golfplatz oder die Mieter von Luxuswohnungen.

## Warum Sie diesmal die KPÖ wählen sollten

Die KPÖ will eine nützliche Partei für die Bevölkerung sein. Ich hoffe, dass wir das im Landtag und in den Gemeinden beweisen.

Sozialabbau und Privilegienwirtschaft gehen nicht mehr so leicht, wenn die KPÖ als Gegengewicht aufscheint.

Das gilt auch für die Nationalratswahl. Deshalb bitte ich Sie: Gehen Sie am 1. Oktober zur Wahl und beziehen Sie die KPÖ-Liste 6 in ihre Überlegungen ein.

*Ihr Ernest Kaltenegger*

Klubobmann der KPÖ im Steiermärkischen Landtag  
 Tel. 877 / 5104

## Die KPÖ können Sie nicht verwechseln!

Viele Menschen sind von einer Politik enttäuscht, die nur die Reichen begünstigt und die Schwächeren belastet. Deshalb wollen sie gar

nicht mehr zur Wahl gehen. Aber: am 1. Oktober steht die KPÖ am Stimmzettel – und eine Stimme für die Liste 6–KPÖ wirkt!

## T-Shirts, Buttons, Werbematerialien

Wer den Wahlkampf der KPÖ unterstützen

möchte kann kostenlos Flugblätter und Buttons (Vota Comunista; Fürchtet Euch nicht, Che) bestellen.



Die T-Shirts mit dem Aufdruck „Fürchtet Euch nicht“ in rot oder Vota Comunista“ (links) in weiß, grau und schwarz in den Größen S / M / L / XL / XXL, sie kosten 10 Euro pro Stück).

**Bestellungen:**  
 Tel. 71 24 79, oder auf der Website: [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)



## „Geben statt nehmen“

...ist für KPÖ-Politiker mehr als nur ein Wort. Überall dort, wo KP-Politiker ein Einkommen aus politischen Mandaten beziehen, geben sie, entsprechend dem Statut der KPÖ, einen Großteil ihres Politeinkommens für soziale Zwecke an Bedürftige zurück. Sie behalten sich nur das, was ein durchschnittliches Facharbeitereinkommen ausmacht (ca. 1900 Euro). So wurde es zum Beispiel möglich, dass die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr in etwa 8 Monaten 230 Menschen mit 26.000 Euro unterstützen konnte. Beim „Tag der offenen Konten“ geben die KPÖ-Mandatare Rechenschaft über die Verwendung

dieser Gelder.

Die KPÖ hat in Graz mit Unterstützung der Bevölkerung durchgesetzt, dass niemand in stadteigenen Wohnungen mehr als ein Drittel seines Einkommens für Miete und Betriebskosten ausgeben muss.

### Beispiel für gute Sozialpolitik

Seit die KPÖ in Graz mitregiert, wurden unter Ernest Kaltenegger und seiner Nachfolgerin, Wohnungsstadträtin Elke Kahr, mehr als 600 Gemeindewohnungen mit Nasszellen ausgestattet, viele Häuser saniert und auch neue Gemeindewohnungen errichtet.

## WENG BEI ADMONT

# Gipsabbau bedroht Wohngebiet

Weng bei Admont wehrt sich gegen geplanten Gipsabbau ohne Umweltprüfung.

**650** Einwohner zählt die Gemeinde Weng am Eingang zum Nationalpark Gesäuse. Und die sind besorgt um ihre Lebensqualität. „81 Prozent haben gegen den Gipsabbau am Dörfelstein gestimmt“, sagt Vizebürgermeister Franz Maunz. Trotzdem soll er stattfinden – ohne Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP).

Weng wehrt sich. Nun liegt das Projekt beim Umweltsenat in Wien, der entscheiden muss, ob eine UVP nötig ist. KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher, die sich vor Ort informiert hat: „Der massive Eingriff in die Landschaft findet nur 150 m vom Wohngebiet statt. Die Menschen haben ein Recht auf eine Prüfung.“

Das Problem sind die schwindenden Gipsvorkommen der Firma Knauf – ein internationaler Konzern mit einer Zweigstelle in Weißenbach bei Liezen. Es gibt in der Steiermark zahlreiche Gipsvorkommen. Anstatt in wenig besiedeltem Gebiet abzubauen, will Knauf am Haller Dörfelstein graben. Der Konzern hat um ein 62,5 ha großes „Grubenfeld“ angesucht – nur wenig vom Wenger Hauptwohn-

gebiet entfernt. Nachdem die Firma großzügig zum Umbau der Haller Volksschule zahlte und Feuerwehr und Vereine in Hall unterstützte, stehe die Nachbargemeinde voll hinter dem Projekt, bedauert Maunz, der auch Sprecher der Initiative „Anrainergemeinschaft Dörfelstein“ ist.

Die Wenger stört vor allem, dass die Firma ohne UVP davonkommen will. „Knauf hat um den Abbau auf 3,7 Hektar angesucht – ab 5 ist eine UVP verpflichtend“, so Maunz, die UVP wolle Knauf erst später machen. Damit sie dann leichter durchgehe, wenn durch den Abbau vollendete Tatsachen geschaffen wurden, vermutet Maunz: „Das Projekt ist eine Watschn für den sanften Tourismus, für den Nationalpark, für unsere Lebensqualität“. Und eine Zumutung nicht zuletzt deshalb, weil die Firma vom Land mit über 480.000 Euro gefördert wurde, ergänzte LABg. Pacher: „Knauf hat öffentliche Mittel erhalten und soll auch im Sinn der Öffentlichkeit handeln.“

Nun wird der Umweltsenat entscheiden, ob eine UVP nötig ist. Maunz und die Bürgerinitiative pochen auf die Prüfung – jetzt und nicht später. Das Ergebnis werde man akzeptieren, hofft aber darauf Recht zu bekommen und dass Knauf den Gips dann in einer der anderen 50 steirischen Gipslagerstätten abgräbt.



Ende eines Idylls? Der Wenger Vizebürgermeister Franz Maunz und KPÖ-Abgeordnete Renate Pacher vor dem Dörfelstein. Aus dem Wald soll eine Gipsabbau-stätte werden, die Menschen fürchten Lärm und Staub.

## KOMMENTAR

### Staat oder privat?

Führen Private ein Unternehmen besser als der Staat? Diese Frage wird heute in den oberen Kreisen durchwegs mit „Ja!“ beantwortet. Die Regierung Schüssel steuert seit Jahren einen beinharten Privatisierungskurs. Und kurz nach dem 60. Geburtstags des Verstaatlichungsgesetzes gab unlängst Böhler-Chef Klaus Raidl von sich, dass etwa das Land Steiermark nur dann Bundesförderungsmittel bekommen solle, wenn es diesen Privatisierungskurs fortsetzt und zum Beispiel die ESTAG vollständig verkauft. Finanzminister Karlheinz Grasser richtete eben aus, dass weitere Anteile von OMV, Telekom und Co verscherbelt werden sollen.

Gerade die ESTAG zeigt freilich, dass ein Unternehmen, das noch zu einem Gutteil der öffentlichen Hand (dem Land Steiermark) gehört, gut wirtschaften kann. Jahr für Jahr wirft sie Gewinne ab, die unter anderem in Form eines Strombonus den Steirern zu Gute kamen. Raidls Böhler-Uddelholm ist zwar seit 1995 als privat geführtes Unternehmen auf Erfolgskurs. Auf dem war Böhler allerdings schon, als das Unternehmen noch im Besitz der Österreichischen Industrieholding AG war

– und damit im Besitz der Republik Österreich. Das gleiche gilt auch für die Voest-Alpine, die 1995 an die Börse und somit ins Privateigentum übergang.

Und das ist der Clou der Sache: Für die Privatisierung kämpfen die gut verdienenden Regierer, die reichen Manager, die oberen Zehntausend der Gesellschaft, die sich dann mit Aktien und Beteiligungen eindecken und noch reicher werden. Auf der Strecke bleibt der Rest, der immer ärmer werdende Mittelstand, die „normalen“ Mitarbeiter, die im Zuge von „Umstrukturierungen“ und „Optimierungen“ um ihre Jobs und ihre Zukunft bangen müssen. So wie die Mitarbeiter der Hydro Weiz, die dieses Frühjahr von der Andritz AG geschluckt worden ist. Andritz-Chef Wolfgang Leitner ist inzwischen alles andere als zufrieden mit der Hydro-Leistung und kündigte „Einsparungen“ an. Und Rückflüsse an alle wie den ESTAG-Strombonus gebe es dann klarerweise nicht mehr.

Die Frage, die schlussendlich noch bleibt, ist also nicht mehr „Staat oder privat?“, sondern „wozu noch Staat, wenn der Staat nichts mehr hat?“. ts



Obwohl noch Entscheidungen fehlen, donnern schwere Lkw den Dörfelstein hinauf, wo eine Zufahrtsstraße zum Gipsbergbau errichtet wird.

## Allerhand aus Stadt und Land

### KPÖ Büro in Voitsberg

Seit März 2006 werden im Bezirksheim der KPÖ Voitsberg (C.v. Hötzen-dorfstraße 29, zwischen Spar und LKH) Sprechstunden von Labg. Ernest Kaltenegger und Labg. Claudia Klimt-Weithaler abgehalten. Vielen Menschen konnte bei diesen Terminen bereits geholfen werden – mit Auskünften und Beratungen, aber auch mit kleinen finanziellen Zuschüssen bei ihren Problemen.

Aufgrund des großen Zu-spruchs ist das Voitsberger Büro ab September 2006 regelmäßig besetzt und zwei-mal pro Woche für alle Voits-bergerInnen geöffnet. In re-gelmäßigen Abständen wird es auch Sprechstage mit Labg. Claudia Klimt-Weithaler und Karin Gruber (Beraterin in sozialrechtlichen Fragen) geben.

**Kontakt: KPÖ Voitsberg, C.-v.-Hötzen-dorfstr. 29, Tel. (03142) 22 421, Fax (03142) 22 421. Öffnungszeiten: Montag von 10 bis 14 Uhr und Mittwoch von 13 bis 17 Uhr. Um telefonische Voran-meldung wird gebeten! Die nächste Sprechstunde mit Labg. Claudia Klimt-Weithaler und Karin Gru-ber findet am Dienstag, den 3. Oktober 2006, von 10 bis 12 Uhr statt.**



LKH Voitsberg: Gärten sollen Parkplätzen weichen

### VOM SCHICKSAL GEZEICHNET

## Lärm: Die Nerven liegen blank

Edelschrott. Eine Anrainerin leidet seit Jahren am Lärm des Sägewerks gegenüber, der Sägewerksbe-sitzer leidet unter restriktiven Vorschriften.

Wenn nicht gerade die Autobahn über die Pack gesperrt ist, ist Edelschrott ein nettes Plätzchen. Schon von Voitsberg sticht der Kirchturm ins Auge. Doch quasi an dessen Fuß schwelt ein kaum zu lösender Konflikt. Auf der einen Seite der Packer Bundesstraße lebt Anna Treidler und hat fast jeden Lebens-geist verloren, weil ihr „der Lärm“ seit wenigen Jahren die Ruhe raubt. Und auf der anderen Seite das Sägewerk Kohlbacher, dessen Besitzer unter harten Auflagen stöhnt und um seine Firma bangt.

Ein tragisches Schicksal stellt sich dar, als KPÖ-Ab-geordnete Claudia Klimt-Weithaler zu Frau Treidler zu Besuch kommt. „Um 4.30 Uhr in der Früh zittert im-

mer wieder der ganze Boden. Dann liegt ein Surren in der Luft, das ich kein Auge zu-machen kann“, beschreibt Frau Treidler ihr persönliches Martyrium. Die Ursache sieht sie im Sägewerk, in Entrindungsmaschinen, Rundholzfräsmaschinen und anderem. Penibel führt sie Tagebuch über die Vorgänge im Sägewerk.

Dort fühlt man sich ver-folgt von der kämpferischen Nachbarin. „Wir halten alle Vorschriften ein, müssen um 17 Uhr den Betrieb einstellen. Im Spitzenmonat bekamen wir 28 Anzeigen. Ich bin seit 1981 im Betrieb. Früher, unter dem Vorbesitzer, hatten wir nie ein Problem. Und da haben wir bis 21 Uhr gearbeitet“, erinnert sich Franz Kohl-

bacher, der das Unternehmen seit 1996 führt. Er hat eine Videoanlage installiert, „um Beweisen zu können, dass wir nichts Verbotenes machen“. Frau Treidler hingegen fühlt sich seither überwacht.

Die Fronten sind verhärtet. Anna Treidler leidet unter dem Lärm, täglich von sechs bis 22 Uhr und manchmal noch später. „Das haben auch andere schon gehört“, sagt die Edelschrotterin. Franz Kohlbacher gelobt, dass alles in Ordnung sei und dass das alle Messungen belegen. Der Sägewerk-Betreiber würde das Haus gegenüber kaufen, „zu einem angemessenen Preis“. Das kommt für Frau Treidler nicht in Frage, hat sie es doch mit ihrem Mann 1946 aufgebaut und will es der Enkeltochter vererben. Das Leiden geht weiter – auf beiden Seiten der Straße.



Auf der einen Seite der Packer Bundesstraße ein Sägewerk, auf der anderen das Haus von Anna Treidler. Jahrzehnte ging es gut, nun gibt es Streit um Lärm und Betriebszeiten.

### LKH VOITSBERG

## 20 Heimgärten müssen einem Parkplatz weichen

Unlängst verkaufte die Ge-meinde das Heimgarten-Grundstück zwischen Spital und GKB-Bahn an den Spi-talsbetreiber KAGES, der das LH Voitsberg vergrößern will. Nächstes Jahr sollen die 20 netten Heimgärten geräumt werden.

KPÖ-Bezirkssprecher Klaus Pibernig betont, dass kein sachlicher Grund dafür besteht. Rein rechtlich dürfte der Zug aber schon abgefah-ren sein. Die KPÖ appelliert an die Stadt Voitsberg und die KAGES, ihre Vorgangsweise zu überdenken. Schließlich

wurden diese Gartengrund-stücke bisher auch als Puf-ferzone zur GKB-Bahnlinie betrachtet, die dem LKH mehr Lebensqualität brachte. Pibernig: „Wenigstens muss es für die Investitionen der Heimgärtner eine Entschä-digung geben.“

## SCHWARZE SULM

**Kraftwerk statt Naturdenkmal**

Die Naturschutzbehörde gab grünes Licht für zwei Kraftwerke an der Schwarzen Sulm, einer Naturoase in der Weststeiermark. Behörde agierte gegen den Willen der Landtagsmehrheit von SPÖ, KPÖ und Grünen. Umweltanwältin geht zum Verwaltungsgerichtshof.



Unberührte Bachlandschaften sind ein Paradies für Tier und Mensch. Rechtsstreit um die Schwarze Sulm.

**E**in kurioser Entscheid der Naturschutzbehörde lässt bei Naturschützern und Politikern die Alarmglocken läuten: Nachdem sich Anfang Juli eine Landtagsmehrheit

von SPÖ, KPÖ und Grünen dafür ausgesprochen hat, den Flusslauf der Schwarzen Sulm zwischen Schwanberg und Koralm zum „Naturdenkmal“ zu erklären, hat

die Naturschutzbehörde jetzt dennoch grünes Licht für Kraftwerksbauten gegeben. Das Projekt sieht vor, Wasser aus der Schwarzen Sulm per Rohrleitungen nach Schwanberg zu transportieren, wo mit zwei Turbinen Strom für 10.000 Haushalte erzeugt werden soll.

Scharfe Kritik kommt von Umweltanwältin Ute Pöllinger. Da die Ausweisung zum „Naturdenkmal“ nicht abgewartet wurde, will sie den Baubescheid für das Kraftwerk beim Verwaltungsgerichtshof anfechten. Die Naturschützer fürchten, dass durch das Ableiten von Wasser aus einem Zufluss das Ökosystem geschädigt wird; die Schwarze Sulm gehört zu den letzten vier Prozent intakter Flusslandschaft Österreichs.

Auch für Umweltlandesrat Manfred Wegscheider ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Er will den Fluss – er liegt in einem „natura 2000“-Europaschutzgebiet – ungebaut erhalten.

## SPERREN DURCH GRUNDBESITZER

**Die Wanderwege sind in Gefahr**

Großgrundbesitzer behindern Wander- und Klettertourismus. Ex-Stubenberghaus-Pächter Jürgen Rossol und KPÖ kämpfen dagegen.

**D**er ehemalige Mixnitzer Fuchswirt und frühere Pächter des Stubenberghauses am Schöckel, Jürgen Rossol (63), begeisterter Wanderer und Kletterer, kandidiert auf der Liste der steirischen KPÖ für die Nationalratswahl und kämpft um die Wegfreiheit in den steirischen Wäldern.

Rossol: „Das Gesetz über die Wegfreiheit gibt es seit 1975. Seit Jahren wird aber von Großgrundbesitzern versucht, den Wandertourismus

zu behindern. Die Steigerung bei den Schutzgebieten beträgt seit 1995 etwa 45 %.“

**W**ährend die Jagd- und Großgrundbesitzer bis in höchste politische Kreise vertreten sind, fehlt die Vertretung für die Wanderer und Bergsteiger. Die KPÖ ist für den Umweltschutz und gegen eine Übererschließung der Naturlandschaft aus Profitgier. Wir sind für ein ausgewogenes Verhältnis

zwischen Naturschutz und dem Erholungsbedürfnis der Bevölkerung.

Deshalb fordern wir: Keine weiteren Einschränkungen der Wegfreiheit, eine Überprüfung der kurzfristig verordneten Betretungsverbote auf ihre Richtigkeit, die Einrichtung einer Ombudsstelle für Wegfreiheit, ein Ende der Behinderung des Klettertourismus im Grazer Bergland und die Öffnung der Forststraßen für Mountainbiker – ausgenommen die im Gesetz festgelegten Sperrgebiete.

## TRABOCH

**79 verlieren ihre Arbeit**

Kein Verlass auf Zusagen internationaler Konzerne: 79 Arbeitsplätze für Frauen im ADEG-Zentrallager wurden gestrichen.

**D**er Verlust von 79 Arbeitsplätzen beim ADEG-Zentrallager Traboch bestätigt die Warnungen der steirischen KPÖ, die bereits am 23. März 2006 auf diese Gefahren hingewiesen hatte. Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder betont deshalb noch einmal, dass es sehr unvorsichtig ist, sich bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen auf transnationale Unternehmungen zu verlassen. Die durch die Zerschlagung der verstaatlichten Industrie verloren gegangenen Arbeitsplätze und Entwicklungspotenziale können so nicht dauerhaft ersetzt werden. Das bestätigte sich auch in Wartberg, wo im Frühjahr das Vogel & Noot-Werk vom finnischen Besitzer geschlossen wurde.

Parteder: „Am Rande sei erwähnt, dass sich der ÖVP-Bürgermeister von Traboch noch im Landtagswahlkampf 2005 mit vielen neuen Arbeitsplätzen in seinem Ort gebrüstet hatte. Jetzt kann er nichts anderes tun, als in der Zeitung von einem schweren Schlag für die Gemeinde zu reden.“



WAHLVERSPRECHEN

Von KPÖ-Labg. Claudia Klimt-Weithaler

# 100.000 Plätze für Kinder



Foto Sissi Furgler

Dieses Versprechen zu Wahlkampfzeiten klingt gut. Aber Wahlversprechen werden nicht immer eingehalten. Da drängt sich etwa die Frage auf: Wo sind denn die Kinderbetreuungsplätze, die uns vor der Landtagswahl im Oktober 2005 von der SPÖ versprochen wurden?

Die pädagogische Qualität in steirischen Kinderbetreuungseinrichtungen ist relativ hoch. Die Weiterentwicklung steckt nach wie vor in den Kinderschuhen. Daran hat sich auch nach der letzten Landtagswahl nichts verändert. Kaum etwas ist anders, kaum etwas ist besser.

Es mangelt nicht an Ideen. Wie so oft liegt es am politischen Willen – für viele ist Kinderbetreuung immer noch ein „Stiefkind“!

## Ausbau der Kinderbetreuung

Der Antrag der KPÖ für einen flächendeckenden Ausbau von hochwertigen, kostengünstigen Kinderbetreuungseinrichtungen in der Steiermark wurde bereits im Jänner 2006 gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen. Im Landesbudget wurde dafür jedoch kein einziger Cent veranschlagt.

Unser gesellschaftliches Leben hat sich verändert. Alleinerziehende und berufstätige Eltern brauchen Einrichtungen, die nicht mittags schließen und die ganzjährig geöffnet sind. Dieses Problem erkennend, wollte die Steiermärkische Landesregierung die Arbeitszeiten der Kindergartenpädagoginnen ausweiten, um so Betreuungslücken zu schließen. Die KPÖ hat diesem Vorschlag nicht zugestimmt. Wir haben eine gleichzeitige Lohnerhöhung für die PädagogInnen gefordert. Bis heute konnte sich aber keine

Bis zu einem steuerpflichtigen Jahres-Familieneinkommen von höchstens 40.000 Euro wird monatlich eine abgestufte Landes-Kinderbetreuungsbeihilfe zwischen 30 und 100 Euro entsprechend folgender Tabelle gewährt:

Einkommen pro Jahr in Euro	Beihilfe in Euro pro Monat
bis 32.500	100
32.500 - 35.000	80
35.000 - 37.500	50
37.500 - 40.000	30
ab 40.000	0

der Regierungsparteien dazu entschließen, für Mehrarbeit auch mehr zu zahlen!

## Kindergartenjahr

Im Landtagswahlkampf 2005 war das Gratis-Kindergartenjahr ein heißes Thema. Jetzt haben wir ein Ergebnis, das für die KPÖ unbefriedigend ist. Zwar können deutlich mehr Eltern eine höhere Beihilfe in Anspruch nehmen und für einige wird das Jahr auch wirklich kostenlos. Allerdings gilt diese Beihilfenerhöhung ausschließlich für das letzte Betreuungsjahr der Kinder vor dem Schuleintritt. Die Betreuung vor dem 5. Lebensjahr hat einen geringeren Stellenwert!

Ein KPÖ-Antrag, der die Erhöhung der Landes-Kinderbetreuungsbeihilfe zumindest auf die 3bis 5jährigen ausweitete, wurde vom Landtag abgelehnt.

## „Kinder sind unsere Zukunft!“

Dieser Satz ist oft zu hören. Aber getan wird wenig, was auch ganz offiziell von

der OECD (Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung) bestätigt wird. Die Studie „Starting strong – Country Note for Austria“ kritisiert die Aus- und Weiterbildung der KindergartenpädagogInnen, das zu niedrige Bildungsbudget, die hohe Kinderanzahl in den Gruppen sowie die geringe Anzahl an Betreuungsplätzen und das Kinderbetreuungsgeld. Und das gehe davon aus, dass die Frauen sich vom Arbeitsmarkt zurückziehen. Es trage zur Ungleichheit von Männern und Frauen bei und belaste die Staatskasse.

Die Steiermark gilt im Vergleich zu anderen Bun-

desländern mit ihrem Kinderbetreuungsgesetz als eine Vorreiterin. Jetzt geht es darum, diese Rolle nicht zu verlieren, sondern auszubauen. Wir brauchen auch im Kleinkindbereich einen freien Zugang zur Bildung; ein Anliegen, für das sich die KPÖ schon seit Jahrzehnten einsetzt.

Wir brauchen mehr männliche Kindergartenpädagogen. Wir müssen bestehende Einrichtungen unterstützen und den Ausbau von Einrichtungen vorantreiben! Das alles kostet Geld, aber wenn es uns ernst ist damit, dass unsere Kinder unsere Zukunft sind, dann müssen wir in diese Zukunft auch finanziell investieren!



Investitionen in Kinderbetreuung sind Investition in die Zukunft

## 800 Spitalsbetten werden „eingespart“ Gesundheitsvorsorge in Gefahr?

Schock für die Steirer: Bis zum Jahre 2010 sollen in den steirischen Spitälern bis zu 780 Betten entfernt werden. Die KPÖ lehnt diesen Kahlschlag ab.

Fast 800 Spitalsbetten weniger in der Steiermark wünscht sich die steirische Spitalsführung – die dramatische Kürzung sollen durch das weitere Verringern der Verweilzeit der Patienten in den Krankenhäusern erreicht werden.

Aber: Schon jetzt gibt es in Graz zu bestimmten Zeiten Engpässe bei den Spitalsbetten. Da kommt es immer öfter vor, dass die Rettung Patienten zur Erstaufnahme ins LKH bringt, von wo die Kranken wegen der übervollen Stationen weiter ins LKH West gebracht werden müssen.

Dazu kommt, dass noch pflegebedürftige Patienten immer früher entlassen werden. Dieser Trend wird sich durch die geplanten Bettenreduzierungen noch verschärfen, warnt die KPÖ. Es

gibt viel zu wenige Pflegeeinrichtungen für eine Nachbetreuung – die Pflege wird auf die Familien abgeschoben, die damit fast immer überfordert sind.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher: „Unsere Gesellschaft ist reich und produktiv wie noch nie.



Die Menschen haben ein Recht auf eine optimale Gesundheitsversorgung. Statt einer Fließbandabfertigung in den Spitälern brauchen wir die Erschließung neuer Geldquellen zur Finanzierung unseres Gesundheitssystems; etwa durch einen steuerlichen Zugriff auf den Reichtum.“ Sie wird sich im Landtag dafür einsetzen, dass die Bettenreduzierung verhindert wird.

## Die alten Menschen im Visier

Die Diskussion um die Pflege zielt darauf ab, alte Menschen zu verunsichern und jüngeren eine Pflegeversicherung aufzuschwatzen.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem uns nicht vorgerechnet wird, welche Probleme durch das Älterwerden entstehen. Wir haben den Verdacht, dass mit dieser Diskussion die Zustimmung zu privaten Pflegeversicherungen erreicht werden soll.

Wenn die Menschen nun älter werden, dann ist dies auch ein Verdienst der älteren Generation, die dieses Österreich aufgebaut hat. Diese Generation hat dazu beigetragen, dass Technik und Wissenschaft so entwickelt sind, dass wir nun mit

weniger körperlichen Mühen unser tägliches Brot verdienen und mehr Möglichkeiten besitzen, die Menschen länger gesund zu erhalten.

Seien wir also froh und dankbar über die Chance, heutzutage älter werden zu können. Ältere Menschen liegen nicht nur auf der faulen Haut und fahren auf Urlaub. Sie leisten wertvolle, unentgeltliche Arbeit für Gesellschaft und Familie und sind mit ihrer Pension oft noch eine finanzielle Stütze für ihre Angehörigen.

Die Achtung gegenüber

älteren Menschen muss sich auch bei der Pflege ausdrücken. Daher ist der Vorschlag des BZÖ unsinnig, Arbeitslose für die Pflege heranzuziehen. Wir brauchen ausreichend Pflegeeinrichtungen und gut geschultes Pflegepersonal, das auch die innere Einstellung für die Pflege besitzt!

Die Finanzierung und Organisation der Pflege in Österreich ist eine gesellschaftliche Aufgabe und muss von der öffentlichen Hand ausreichend finanziert werden. Darauf haben die Menschen, die ihr ganzes Leben lang Leistungen gegenüber der Gesellschaft erbracht haben, einen Anspruch.

### KOMMENTAR

#### Pflegenotstand?

Die hitzige Diskussion um die Probleme bei der Pflege älterer und behinderter Menschen könnte ausgehen wie das Hornberger Schießen. Vor der Wahl rauchen die Köpfe der Parteistrategen. Nach der Wahl wälzt man die Kosten für die Pflege auf die Angehörigen ab.

Schon jetzt muss man Angst davor haben, dass die Eltern nicht mehr auf sich schauen können und Pflege brauchen. Das kann eine Familie in existenzielle Probleme stürzen.

Jetzt redet man von Pflegeversicherung und von Pflegefonds. Aber man muss in den Budgets Vorsorge dafür treffen und nicht den Menschen Versicherungsmodelle aufschwätzen, von denen in erster Linie die Versicherungsgesellschaften profitieren.

Man darf nicht mit dem Finger auf die Angehörigen zeigen, die mit Pflegerinnen aus dem Ausland über die Runden kommen. Denn die heimischen Dienste gibt es noch nicht rund um die Uhr – und leistbar wären sie auch nicht. Deshalb sind die Pflegekräfte aus dem benachbarten Ausland unentbehrlich und müssen legal hier arbeiten können. Aber sind auch Bundeskanzler Schüssel und Bundespräsident Fischer so arm, dass sie sich die österreichischen Angebote nicht leisten können?

Auf keinen Fall darf man neue Belastungen für die Allgemeinheit erfinden. Nach der Wahl können Vorstöße wie der nach einer Pflegeversicherung für Kinderlose ganz plötzlich aktuell werden. Diese neuen Belastungen müssen wir gemeinsam verhindern. Das ist die Haltung der KPÖ in der Steiermark.

**Franz Stephan Parteder**

TYPISCH ATYPISCH

# McJob – Tragödien durch den

Anstatt geregelter Beschäftigung setzen Unternehmen auf billigere Beschäftigungsverhältnisse. Der Mensch bleibt auf der Strecke.

VON HARRY HERZOG

**W**ird die geregelte Arbeit mit einem angestellten Dienstverhältnis, die sorgenfreie Beschäftigung bis zur Pension zur Mangelware? „Häufige Jobwechsel, Beschäftigungsverhältnisse mit mangelhafter arbeits- und sozialrechtlicher Einbettung, prekäre Einkommenssituation sowie fehlende Aufstiegsperspektiven“, das sind für Mag. Marcel Kirisits von der Wirtschaftsabteilung

der AK-Steiermark die typischen Merkmale atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Und diese nehmen stark zu.

Bis vor rund zwei Jahrzehnten sah das normale Arbeitsverhältnis in etwa so aus: 40-Stundenwoche, kontinuierlich geregelte Arbeitszeit und fixes Einkommen, arbeits- und sozialrechtlich eingebettet. Damit konnten Lebensperspektiven zumindest entworfen werden. Mittlerweile registriert die Arbeiterkammer eine „starke Zunahme von atypischen Beschäftigungsverhältnissen mit dem Schwerpunkt auf Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung, wovon Großteils Frauen betroffen sind“. Weiters festgestellt wird „ein beträchtlicher Anstieg in den Bereichen Leih-

arbeit, freie Dienstverträge und Werkverträge.“

## Frauen im Nachteil

So waren im Jahr 2000 fast ein Drittel aller beschäftigten Frauen in Teilzeit, konzentriert auf die Branchen Handel, Gesundheits- und Sozialwesen sowie das Realitätenwesen. Bei den geringfügig Beschäftigten betrug der Frauenanteil bereits mehr als 70 Prozent. In den Branchen Industrie, Gewerbe und Handwerk ist der Anteil der weiblichen Leiharbeiter auf 80 bis 90 Prozent gestiegen. Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen klappt damit noch weiter auseinander – die Armut ist verschärft weiblich!

Wer atypisch arbeitet, gerät leicht in die Gefahr,

mit den Hungerlöhnen zu verarmen (Stichwort: „Mc Jobs“), nur kurzfristig Arbeit zu haben (Stichwort: „Projekt“) und mit unregelmäßigen Arbeitszeiten auch soziale Kontakte zu verlieren. Als Einstieg in die Arbeitswelt nach einer Ausbildung mag ein befristetes Dienstverhältnis ja nützlich sein, sofern ein unbefristetes mit Aufstiegschancen folgt. „In den meisten Fällen gilt jedenfalls: atypische Beschäftigung muss man sich mittel- und langfristig leisten können“, stellt Kirisits dem unternehmerischen Loblied auf „familienfreundliche“ Dienstverhältnisse entgegen: Wer alleine eine Familie zu ernähren hat, kommt so nicht über die Runden.

Grundsätzlich in Frage

## Wettbewerb für junge Schriftsteller/innen

**D**er internationale Literaturwettbewerb „Literatur überwindet Grenzen“, wird seit 1999 vom Grazer perplex-Verlag organisiert. Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 6 und 19 Jahren sind aufgerufen, zum

Thema „Vertrauen“ Texte (Prosa oder Lyrik) zu verfassen und bis spätestens 22. November 2006 beim perplex-Verlag einzureichen.

**D**ie besten Texte werden im Buch „Literatur überwindet Grenzen

VIII“ abgedruckt bzw. mit Buchpreisen belohnt.

Dieses Jahr nehmen am Literaturwettbewerb Jugendliche aus bereits Weiter Informationen zum Bewerb unter [www.perplex.at](http://www.perplex.at) oder E-Mail: [office@perplex.at](mailto:office@perplex.at).

## Pflegehelfer mit Problemen

**F**olgende Tatsachen dürfen in der „Pflegernotstandsdiskussion nicht untergehen“: Trotz teurer Ausbildung werden PflegehelferInnen – beispielsweise im LKH Graz – zu Putzarbeiten herangezogen. Obwohl genügend Putzpersonal vorhanden ist. In Wien, aber auch im REHA-Zentrum Tobelbad werden Pflegehelfer ausschließ-

lich zu Pflgetätigkeiten herangezogen.

Eine Betroffene: „Wir sind nicht ausgebildet worden, um Nachtkastln aufzuwischen und das Kaffeegeschirr von Krankenschwestern wegzuräumen“.

**A**uch bei der Weiterbildung gibt es Probleme: Sehr viele PflegehelferInnen möchten das

Diplom nachmachen. Das ist aus finanziellen Problemen aber nicht leicht möglich, weil es für die zweijährige Ausbildung nur ein Jahr lang einen Zuschuss des AMS gibt. Der Tagsatz beträgt 14,50 Euro, als Gewerkschaftsmitglied bekommt man noch einmalig 60 Euro zusätzlich. Wie kann man davon leben?



**Weltkulturerbe.** Wie lange darf sich die Grazer Altstadt noch Weltkulturerbe nennen? Die UNESCO-Kulturerbe-Hüter drohen mit Aberkennung, wenn der Dachausbau von Kastner & Öhler unverändert durchgeführt wird. ÖVP und SPÖ kämpfen in der Stadtregierung gegen einen „Altstadtanwalt“, den das Land zum Schutz der Altstadt fordert.



# Umbruch am Arbeitsmarkt

stellt der AK-Abteilungsleiter für Arbeitsrecht, Dr. Wolfgang Nagelschmid, das österreichische Sozialsystem, weil es bei einem Überhandnehmen der atypischen Beschäftigungsverhältnisse nicht mehr finanzierbar wäre!

## „Unternehmer treiben Schindluder“

Der Arbeitsrechtler beobachtet auch, dass Unternehmer zunehmend mit den „freien Dienstverträgen“ Schindluder treiben: Dieser Vertrag stellt frei, ob, wann und wie viel jemand arbeitet. Tatsächlich gelten diese Freiheiten oft nur auf dem Papier. Unteraufen werden diese freien Dienstverträge häufig in der Taxibranche. Mit den freien Dienstverträgen erspart die Unternehmenseite sich etwa Abfertigungen, Urlaubs- und Weihnachtsgelder.

Aus Sicht einer Arbeitnehmervertretung betont Kirisits: „Maßstab für die arbeits- und sozialrechtliche Beurteilung von atypischer Beschäftigung muss nach wie vor das klassische Normalarbeitsverhältnis sein - mit all seinen Pflichten, aber auch Rechten für den Arbeitnehmer. Dies um so mehr, als einige Formen atypischer Beschäftigung (Werk- und freie Dienstverträge) von immer mehr Unternehmen dazu missbraucht werden, das System kollektiver Mindestlöhne und arbeitsrechtlicher Mindeststandards zu umgehen.“

### Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Ernest Kaltenegger, Landhaus-Hinterhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: [volksstimme@kpoe-steiermark.at](mailto:volksstimme@kpoe-steiermark.at)



## DAS ELEND IM ALLTAG

Die Informationen stammen aus der Studie „Das ganz alltägliche Elend“ der Grazer Volkskundeforscherin und Kulturanthropologin Dr. Elisabeth Katschnig-Fasch, die im Löcker-Verlag erschienen ist.

Teilzeitjobs und schlechte Dienstverträge: McJob und Co. geballt in Einkaufszentren.

## ERFAHRUNG EINER BETROFFENEN

# Die Persönlichkeit wird entwertet

Frau Ninaus hatte in einem alteingesessenen Spielzeuggeschäft am Grazer Hauptplatz als Verkäuferin gearbeitet. Sie verfügte über Fachkenntnisse, führte Beratungsgespräche und war in eine klare Hierarchie zwischen Chef und Lehmmädchen eingebunden. Vor ihrer Pensionierung wurde sie als Vollarbeitskraft in den Nachfolgebetrieb, ein Kleidermodengeschäft, das auf eine sehr junge Kundschaft abzielt, übernommen.

Aus der Fachkraft wurde eine Warenaufräumerin, Fachkenntnisse sind nicht nötig, Beratungsgespräche werden nicht geführt, die Hierarchie ist irritierend flach, das Du-Wort gilt auch gegenüber dem Chef und täuscht eine gleichwertige Ebene vor. Die

Kunden werden beim Stöbern sich selbst überlassen und von diesen wird sie übersehen.

Frau Ninaus: „Wir haben beim Spielzeuggeschäft auch Textil gehabt und wir haben eigentlich alle sehr gern bedient. Aber natürlich mit der Zeit haben wir schon gemerkt, dass es sehr, wie soll ich sagen, mit einem Verkauf nichts mehr zu tun hat, ...“

„Das Durcheinander, das die anderen machen, räumst du zusammen. Oder wenn was runterfällt, das hebt eh keiner auf, hebst es wieder auf, hängst es wieder ordentlich hin, weil sonst findest mit der Zeit nichts mehr. Das ist eigentlich das Ganze, was ich tue und es ist halt, so gesehen, nicht mehr das, was ich gelernt habe oder was man sich vorstellt

unter einem Verkauf, nicht. Es ist Warenaufräumen.“

„Ich arbeite zwei Tage und dann wieder frei inzwischen und wieder zwei Tage und wieder frei, dann geht es. Aber ich kann keine drei oder vier Tage hintereinander arbeiten, das ist unmöglich. Das halte ich da drinnen nicht aus. Das kann man nicht so beschreiben, das muss man selber miterleben, dass man das versteht, was das da drinnen für ein Druck ist.“

Qualifikationen? „Brauchst keine, gar keine... Wir haben Textilschulungen, wie man was wäscht, aus welchem Material was besteht... Aber an und für sich steht eh alles überall drinnen. ...beraten, brauchst du nimmer, nein.“

## Alles paletti?

Von Bernd  
Schmidt



Da haben wir sie glücklich überstanden, die Festspiele, Freilichttheateraufführungen, Konzerte und Events – von Salzburg und Bregenz bis Mörbisch und Mistelbach. Zugegeben, den weniger Betuchten unter uns, die wir nicht live in Smoking und Abendkleid an der Salzach oder in Salonsteiner und Edeldirndl am Neusiedlersee zu weilen die Ehre oder Verpflichtung hatten, setzte man den einen oder anderen Happen von ORF-Gnaden im heimischen Patschenkino vor; so ersparten wir uns den Smoking und das Abendkleid.

Aber, Hand aufs Herz, bei aller fraglosen Qualität von Anna Netrebko, Nikolaus Harnoncourt, Thomas Hampson oder Harald Serafin: Sahen wir nicht eigentlich immer wieder das erstaunlich verzerrte Bild vom Wagen, der vor die Pferde gespannt war? Ist diese Welt des Fest-Spielens nicht eine verkehrte? Zieht da nicht in der Tat die Kultur als dienendes Ross (oder als dienender Esel) seinen „Herrn“ Tourismus?

Die berühmt-berüchtigte Mozartkugel ist in ihrer prallen Rundlichkeit ein Symbol – für die elegante Glätte und die verführerische Süße des Hochkulturbetriebs: An ihr prasselt nicht nur der Salzburger Schnürlregen ab, sondern auch manche Politiker-Worthülse rutscht ungehört und unkritisiert die Zellophanhülle hinunter. Und liegt dann, einem zertretenen Tschick nicht unähnlich, in einer Pfütze.

Fazit: Der Kunstgaul keucht, während sich der Tourismus am Geldkuchen delektiert. Und dabei wohligh grunzt, fragt man ihn nach seinem Befinden: Alles paletti!



## STEIERMARK: ÖFFENTLICHER VERKEHR SOLL Endlich Maßnahmen für

Die erhöhten Tarife für den öffentlichen Verkehr (ÖV) sorgten für eine Debatte im Landtag. Erstmals griff Landeshauptmann Franz Voves den KPÖ-Vorstoß zur Einführung einer Nahverkehrsabgabe auf. Nun soll die Einführung geprüft werden – gegen den Widerstand der ÖVP.

„Im Bus und Bahn müssen leistbar für alle sein!“ – Diese Forderung stößt allerorts auf offene Ohren. Die Realität sieht anders aus: SPÖ und ÖVP ließen gegen den Willen von KPÖ und Grünen eine Erhöhung der Fahrpreise zu. Zeit- und Mehrfahrtenkarten wurden am 1. Juli um vier Prozent teurer. Die letzte Erhöhung ging 2005 über die Bühne.

In der letzten Landtagssitzung vor der Sommerpause

sorgte der öffentlichen Verkehr völlig überraschend für hitzige Debatten. Denn unerwartet vollzog Landeshauptmann Franz Voves einen Schwenk und kann sich nun eine Nahverkehrsabgabe durchaus vorstellen, wie sie die KPÖ schon lange fordert. „Die SPÖ wird in der Landesregierung darauf drängen, die Einführung einer Nahverkehrsabgabe zu prüfen“, tonte der Landeshauptmann.

### Abgabe für Betriebe

„Statt die Tarife immer wieder zu erhöhen, ist eine solide Basisfinanzierung nötig“, pochte KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger wiederholt. Die KPÖ denkt an eine Nahverkehrsabgabe ähnlich der Wiener U-Bahn-Steuer, die von den Betrieben beappt werden soll. In Wien zahlt jeder Betrieb seit den 1960er-Jahren pro Dienstnehmer rund drei Euro pro

Monat, die KPÖ denkt für die Steiermark an drei bis fünf Euro. Kaltenegger: „Das ist sozial gerecht. Ein funktionierender öffentlicher Verkehr ist auch ein Standortvorteil für die Unternehmen. Wenn wir diese Diskussion verweigern, wird es weitere Tarifierhöhungen geben.“

Dieser Argumentation kann der Landeshauptmann durchaus etwas abgewinnen: Finanzlandesrat Christian Buchmann soll also einige Varianten für eine Nahverkehrsabgabe vorlegen.

### Guter öffentlicher Verkehr als Anreiz

Von der Wirtschaft und der ÖVP kam Widerstand. VP-Landesrat Buchmann: „Wir müssen zuerst den Wirtschaftsstandort sichern und dürfen keine Nachteile für Betriebe schaffen. Neue Abgaben verunsichern Unternehmer, und die sind sehr



Die Zukunft des öffentlichen Verkehrs beschäftigte den Landtag, nachdem der KPÖ-Vorstoß für eine Nahverkehrsabgabe bei allen mehr oder weniger Gehör fand.

Im Bild: Die neuen „Desiro“ Züge kommen nun auch auf steirischen Nahverkehrsstrecken zum Einsatz. Ihre Drehgestelle sind ein steirisches Produkt.

## Droht Ausverkauf des Wassers?



Foto: Sissi Furgler

Geht es nach der EU, werden private Profiteure bald auch die Versorgung mit Trinkwasser beherrschen. Die KPÖ will unser Wasser deshalb per Verfassung schützen.

Die Verankerung der öffentlichen Wasserversorgung in der Verfassung ist für die KPÖ extrem wichtig. Die Erfahrungen vieler Länder zeigen, dass eine Privatisierung der Wasserversorgung, wie von der EU vorbereitet, erschreckende Konsequenzen hat.

Mehr als 300 Millionen Menschen beziehen Wasser derzeit von Privatanbietern – Tendenz stark steigend. Die Folgen stimmen alles andere als zuversichtlich. In Bolivien etwa müssen viele Menschen bis zu einem Drittel ihres Einkommens für die private Wasserversorgung berappen. Im südafrikanischen Durban kam es 2001 zu Massendemonstrationen, nachdem der private Wasserversorger ganzen Wohnvierteln den Hahn abgedreht hat. In Lon-

don werden enorme Dividenden und Managergehälter beim privaten Wasserversorger RWE bezahlt, dafür bleiben Leitungsreparaturen aus. Tausenden wird pro Jahr das Wasser abgedreht, wenn sie einen Finanzierungspass haben.

Die Versorgung mit Wasser gehört zu den Grundrechten der Menschen. Deshalb muss es auch maximalen Schutz für unsere Wasserversorgung vor jedem Ausverkauf geben. Wien ist uns einen gewaltigen Schritt voraus. Wien hat sich mit dem Wiener Wasserversorgungsgesetz verpflichtet, die Wasserversorgung durch städtische Anlagen durchzuführen – ein Gesetz im Verfassungsrang.

Wir müssen dringend überlegen, wie wir einen solchen Schutz für die Wasserversorgung in der Steiermark durchsetzen können, so KPÖ-Abgeordnete Renate Pacher: *„Die feste Verankerung der Wasserversorgung im öffentlichen Eigentum hat höchste Priorität.“*

## BESSER WERDEN

# Bus, Bahn, Bim

flexibel in Europa“, befürchtet er ein Abziehen von Arbeitsplätzen. Diese Bedenken zerstreut Kaltenecker: „Wenn die Abgabe in den öffentlichen Verkehr investiert wird, schafft das wiederum Aufträge für steirische Betriebe und neue Arbeitsplätze.“

Die KPÖ wird nun ein Auge darauf haben, dass die Abgabe von den Unternehmen und Handelskonzernen bezahlt und tatsächlich für den öffentlichen Verkehr verwendet wird. Die Steirer dürfen nicht schon wieder zur Kasse gebeten werden.

## GÜNSTIGER SPRIT

Nicht nur ein funktionierender öffentlicher Verkehr soll den Pendlern das Leben erleichtern, sondern auch das Öffnen der Landestankstellen, wie es SPÖ und KPÖ fordern. Dort gibt es Diesel um 15 Cent pro Liter günstiger. ÖVP und Grüne sind dagegen. Letztere sehen mehr Umweltbelastung, erstere einen Anschlag auf den freien Markt.

Die Idee der KPÖ: Druck auf die Treibstoffkonzerne ausüben und diese dazu zu bewegen, ihre Preise zu senken. Das zählt für die ÖVP offensichtlich nicht.

## Billiger Tanken für alle!

Landestankstellen sollen günstigen Sprit für Steirer abgeben, meinen KPÖ und SPÖ. ÖVP wehrt sich.

Angesichts explodierender Treibstoffpreise beschloss der Landtag mit den Stimmen von SPÖ und KPÖ eine Aufforderung an die Landesregierung, so rasch wie möglich die Voraussetzungen zur Öffnung der Landestankstellen zu schaffen. ÖVP und Grüne stimmten dagegen.

Ernest Kaltenecker (KPÖ): „Jede Maßnahme ist gerechtfertigt, die der Preistreiber der Mineralölkonzerne einen Riegel vorschiebt.“ Ernest Kaltenecker kritisierte dabei auch die im Windschatten der Treibstoff- und Heizölpreiserhöhungen vorgenommenen Preisanhebungen um bis zu 15 Prozent bei Holzpellets.

### VP und Grüne dagegen

ÖVP und Grüne sind gegen die Landestankstellen-

öffnung. Peter Hagenauer (Grüne) sprach von einer „falschen Symbolik“, der ÖVP-Abgeordnete Kasic von „populistischem Stimmenfang.“ Den Vogel schoss der obersteirische ÖVP-Mandatler Peter Rieser ab: während er noch vorigen September via Presseaussendung vehement die Öffnung der Landestankstellen gefordert hatte, stimmte er nun im Landtag dagegen. Die zuständige ÖVP-Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder erteilte dem Beschluss eine Abfuhr.

## Glücksspiel gefährdet Lebensglück

Die Volksstimme fragte, wie die Steirerinnen und Steirer zum Glücksspiel stehen.

Vom Glücksspiel halte ich garnichts. Meiner Meinung nach ist das eine Idiotensteuer. Ich bin dagegen, das Glücksspiel zusätzlich zu besteuern, denn jeder muss selbst wissen, was er tut. (Klaus Haditsch, Pensionist)



Das Glücksspiel ist eine schmutzige Sache. Ich kenne eine Frau, die damit zwei Geschäfte verloren hat, und nach wie vor steckt sie alles hinein. Glücksspieler sind kranke Menschen. (Maria Zinke, Pensionistin)



Das Glücksspiel lehne ich ab. Damit Spielsüchtlinge von ihrer Sucht lassen, sollte man das Angebot an Glücksspielmöglichkeiten einschränken, zum Beispiel durch die Limitierung zugelassener Cafés. (Mag. Caroline Stern, Lehrerin)



Ich persönlich halte vom Glücksspiel relativ wenig. Die Betreiber werden auch entsprechend besteuert. Allerdings sollte die Steuer dort anfallen, wo die Gewinne gemacht werden. Auch dann, wenn der Anbieter in Malta oder sonstwo sitzt. (Johannes Sudy, Student)



Das Glücksspiel ist eine Gefahr für die Menschen; die Folgen für Spielsüchtige sind verheerend. Ich bin unbedingt für eine Reglementierung dieser Gefahr. Wie beim Spiel im Casino sollte eine Kontrollpflicht für alle Anbieter gelten. (Harald Facchinelli, Goldschmied)



## STEUER AUF AUTOMATEN, WARNHINWEISE

# KPÖ kämpft gegen ruinöse

Wettcafés, Spielautomaten, Wettbüros, Internet-Spiele – fast überall versucht man, den Menschen Geld aus der Tasche zu ziehen. Das Glücksspiel um Geld boomt, Tausende tappen in die Schuldenfalle. Die KPÖ will dem Glücksspielmarkt einen Riegel vorschieben.

**B**rot und Spiele“ lenkten schon im alten Rom das Volk davon ab, zuviel über seine Probleme nachzudenken und den Herrschenden das Herrschen leichter zu machen. Der Slogan stimmt noch heute, nur das Angebot hat sich geändert: Statt auf Gladiatoren zu wetten, gambelt man heute am einarmigen Banditen, verpulvert Geld am Poker-der Rouletteisch oder verjuxt sein Vermögen im Wettcafé. Dem ruinösen Glücksspiel will die KPÖ Schranken setzen.

„Tausende Menschen sind von der Spielsucht betroffen. Wir wollen dieses Problem in Österreich einheitlich geregelt haben“, so KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Bis dieses Ziel erreicht ist,

solle das Glücksspiel-Unwesen mit den vorhandenen Möglichkeiten bekämpft werden – etwa durch eine andere Besteuerung der Automaten. „In Wien müssen die Betreiber 1.400 Euro pro Monat und Glücksspielautomat bezahlen, bei uns gerade 467,50 Euro“, so Kaltenegger, der den Wiener Betrag auch in der Steiermark verwirklicht haben möchte.

Außerdem soll das „Kleine Glücksspiel“ verboten werden. Der Einsatz dafür macht gerade 50 Cent aus, der Höchstgewinn beträgt 20 Euro. „Damit kann täglich sehr viel Geld verloren werden. Weil man es schwerer merkt, ist es noch gefährlicher“, so der KPÖ-Politiker.

Betrachtet man die Fakten

in Sachen Spielsucht, besteht höchster Handlungsbedarf. Für die Schuldnerberatung Graz gehören Probleme mit dem Wettspiel zum Tagesgeschäft. Und laut „BAS“, dem Steirischen Verein für Suchtkrankenhilfe, sei der Bedarf an Hilfe für Spielsüchtige und Angehörige in den letzten zwei Jahren massiv gestiegen. „Das ist nach dem Alkohol unsere zweitstärkste Gruppe – noch vor den illegalen Drogen“, heißt es bei BAS. Der leichte Zugang sei das Hauptproblem, denn „jedes Beisl kann

### SPIELSUCHT

Man schätzt, dass es in der Steiermark 15.000 spielsüchtige Menschen gibt.

Das Einstiegsalter liegt bei 15 bis 18 Jahren, der durchschnittliche Spielsüchtige ist zwischen 25 und 40 und männlich. Ein Drittel der Spielsüchtigen hat über 35.000 Euro Schulden.



Immer leichter wird es, den Menschen Geld aus der Tasche zu ziehen. Glücksspiel-Cafes schießen wie Schwammerln aus dem Boden, Internet-Wetten und Spielautomaten versprechen das große Geld. In Wirklichkeit verdienen daran nur die Betreiber.

## Spielsucht

einen Automaten aufstellen, manche leben gut von einem Automaten“.

Slogans wie „alles ist möglich“ versichern den Gefährdeten unterschwellig, dass sie auch gewinnen werden, meint man bei BAS. Die Spieler setzen zu 85 Prozent auf die Automaten, wobei in den letzten Jahren Probleme mit Wettcafes und Internet-Spielen zunehmen.

Zu BAS kommen die Menschen nach rund drei Jahren, wenn Banken kein Geld mehr hergeben oder Ehepartner die Schulden entdecken, die bis zu verpfändeten Häusern reichen. Auf Schuldgefühle und Selbstmordgedanken folgt ein harter Entzug, der krankhafte Züge hat. Diese

Menschen sind bei BAS oder auch der Sigmund-Freud-Klinik nicht allein. In letzterer bietet man ein stationäres Angebot für Spielsüchtige an, bei BAS gibt es Beratung und eine Selbsthilfegruppe mit Betroffenen, die das Problem gemeistert haben oder selbst noch damit kämpfen.

Diese Hilfen will die KPÖ verstärkt gefördert wissen. Und sie pocht darauf, dass Warnhinweise auf die minimale Gewinnchance hinweisen. Die KPÖ hat deshalb einen Antrag in den Landtag eingebracht. Neue Regeln tun Not – weil die Folgekosten die Allgemeinheit trägt. Und vor allem, weil Existenzen gefährdet sind – durch Wettcafes und Co.

**Helfen statt reden  
Beratung in allen Lebenslagen**

**Notruf 0316/ 877 5104**

in Stadt  
Land **KPÖ**

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Freitag im Landhaus!

## MEINUNG

**Verzetnitsch fordert 800.000 Euro  
„Mindestlohn“**

**Spitzengewerkschafter  
sollten sich nicht von  
Arbeitern abheben**



Bei den 800.000 Euro, die Fritz Verzetnitsch fordert, geht es nicht um die Gage eines Spitzenmanagers in einem Großkonzern, sondern um Ansprüche des früheren Spitzengewerkschafters in Österreich. Das zeigt, wie weit es mit dem ÖGB schon gekommen ist. Jetzt kommen Verträge zum Vorschein, die auch die vergangene Politik des ÖGB in einem besonderen Licht erscheinen lassen.

Die Reform des ÖGB lässt auf sich warten. Anscheinend sind einige Entscheidungen auf die Zeit nach der Nationalratswahl verschoben worden, um der SPÖ in den kommenden Wochen nicht zusätzliche Probleme zu bereiten.

Es kann nicht angehen, ausschließlich die Mehrheit der ÖGB-Bediensteten mit Einsparungsvorschlägen zu konfrontieren, während für die Spitzenfunktionäre Gehälter von 11.000 Euro pro Monat weiterhin zur Diskussion stehen. Für das Bawag-Debakel sind die Spitzenleute verantwortlich gewesen. Das darf

man jetzt nicht vergessen.

Unsere Haltung ist klar: Auch Spitzengewerkschafter sollten sich nicht allzu sehr von den Normalverbrauchern abheben. Deshalb treten wir gegen Postenschacherei und gegen Mehrfachbezüge ein: Wer monatlich so viel Geld verdient wie ein Manager, denkt auch bald schon wie ein Manager.

KPÖ und GLB haben nachweislich stets gegen Privilegien der Manager, der Politiker und auch gegen Privilegien von Funktionären der Arbeiterbewegung gekämpft.

Beim ÖGB sollte sich nach dem Bawag-Skandal die Erkenntnis durchsetzen, dass die Gewerkschaftsbewegung keine gutdotierten Sozialpartner, sondern ehrliche und konsequente Arbeitervertreter braucht.

*Peter Scherz ist Arbeiterbetriebsrat bei Magna-Steyr Graz und bei der Nationalratswahl Spitzenkandidat der KPÖ im Wahlkreis Graz-Umgebung/Voitsberg.*

## Bundesregierung: Werbung für 157 Millionen Euro

Die schwarz-orange Bundesregierung machte seit ihrem Bestehen 157,5 Millionen Euro (mehr als 2 Milliarden Schilling!) aus Steuergeldern locker, um Eigenwerbung zu betreiben.

Spitzenreiter beim Werben ist „Österreich. Hier geht's uns gut“-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel mit 39,5 Millionen Euro. Gleich danach folgt Seitenblicke-

Finanzminister Karlheinz Grasser mit 24,8 Millionen. Auf Platz drei liegt Sozialministerin Ursula Haubner, die zusammen mit ihrem Vorgänger Wolfgang Haupt 20,3 Millionen Euro für Berater und Werbung verprasst hat. Mehr als 10 Millionen Euro verbrauchten Umweltminister Josef Pröll (15,1 Millionen) und Wirtschaftsminister Martin Bartenstein (13,1 Millionen).

**KLEINANZEIGEN**

Wir, meine behinderte Schwester und ich, suchen eine behindertengerechte **3-Zimmerwohnung** (80-90 m<sup>2</sup>) mit Nasszelle in Frohnleiten oder einem der Grazer Randbezirke. Da wir einen Hund haben, wäre ein kleiner, zur Wohnung gehörender, Garten von Vorteil. Tel. 0650 / 82 13 208.

**Einfacher Mann** ab 72 Jahren, gerne auch mit Behinderung, für Gedankenaustausch und möglicherweise Dauerfreundschaft gesucht. Graz und Graz-Umgebung, Tel. (0316) 58 63 30 von 16 bis 18 Uhr.

**Betriebswirt** (Spez. BWL in Marketing- u. Informationsmanagement) mit Controller-Lehrgang (WIFI) sucht Beschäftigung. Tel. 0664/4203571.

**Es ist genug für alle da!** **Arm und Reich in der Steiermark –**



Reichtumsbericht Steiermark der KPÖ. Sie können den Reichtumsbericht kostenlos bestellen:

KPÖ-Bildungsverein,  
Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Tel. 0316 / 877 5104  
bildungsverein@kpoe-steiermark.at

**Sozialratgeber der KPÖ**



Ob Pflegegeld, Zuschüsse, Förderungen oder Ansprüche im Sozialbereich – was Sie schon immer wissen wollten, liegt nun im neuen Sozialratgeber der KPÖ gesammelt vor. Die von Edeltrud Uibl-Taschner erstellte Broschüre kann bei KPÖ-Graz in der Lagergasse 98a bezogen werden. Telefonische Anforderungen unter der Nummer 0316 / 73 73 82 oder 0316 / 872 2151 sind willkommen.



**Ernest Kaltenegger**, geboren 1949 in Rötsch bei Obdach, ist ein steirisches KPÖ-Urgestein. Er machte sich in Graz als „Engel der Mieter“ einen Namen. Seit 2005 ist er Landtagsabgeordneter und Klubobmann des KPÖ-Landtagsklubs. Ernest Kalteneggers Fachbereichs sind Wohnbau, Bau- und Raumordnung, Abwasser, Abfall, Verkehr, Telekommunikation und andere. Er ist unter Tel. (0316) 877-5104 oder per email unter ernest.kaltenegger@stmk.gv.at erreichbar.

**KPÖ** ✓

**VOITSBERG**  
**Sprechstunde**  
mit KPÖ-Labg. **Claudia Klimt-Weithaler** und **DSA Karin Gruber**  
Dienstag, den 3. Oktober 2006  
10.00 bis 12.00 Uhr,  
bei der KPÖ Voitsberg,  
C.-v.-Hötendorfstraße 29,  
Anmeldung: erbeten:  
Tel. 03142/ 22421



Foto: Sissi Furgler

**KNITTELFELD**  
**Sprechstunde**  
mit KPÖ-Labg. **Renate Pacher** und **Karin Gruber**  
Do, den 5. Oktober 2006  
10.00 bis 12.00 Uhr,  
KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10  
Anmeldung: erbeten:  
Tel. 03512 / 822 40



Foto: Sissi Furgler

**LESUNG: WARUM KRIEG?**

*Ein Briefwechsel zwischen Albert Einstein und Sigmund Freud*

Albert Einstein war nicht nur der größte Wissenschaftler seiner Zeit, sondern wohl auch der berühmteste. Und Sigmund Freud hat das Denken der westlichen Welt verändert. Ihr Briefwechsel zur Frage „Warum Krieg?“ gehört zu den grundlegenden Texten des Pazifismus.

„Ich bin nicht nur Pazifist, ich bin militanter Pazifist. Ich will für den Frieden kämpfen. Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen“, schrieb Albert Einstein

„Interessenskonflikte unter den Menschen werden also prinzipiell durch die Anwendung von Gewalt entschieden. So ist es im ganzen Tierreich, von dem der Mensch sich nicht ausschließen sollte“, brachte Sigmund Freud zu Papier.

**Lesung: Gerhard Balluch**  
**Zusammenstellung und Moderation: Gerhard M. Dienes**  
**Landesmuseum Joanneum, Landeszeughaus, Herrengasse 16, 8010 Graz**  
Freitag, 13. Okt. 06, 15.00 Uhr

**TOSCANA**  
Ferien am Monte Amiata  
**Dei Venti/Seggiano**  
ein unvergleichbarer Ort der Besinnung der Gesinnung in der Natur mit der Natur



Vermietungen: [www.amiata.de](http://www.amiata.de)  
Tel./Fax 0039-0564-950852  
mobil 0039-338-1539818

**RAT UND HILFE IN MIETEN-FRAGEN**

Mieterschutzverband Steiermark  
Sparbersbachgasse 61  
Tel. 38 48 30  
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)  
Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung! [www.mieterschutzverband.at](http://www.mieterschutzverband.at)

**Red:Out! Steiermark: Treffpunkt jeden 1. Montag im Monat im Cafe harry's, Reitschulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28**



Bildzitat: Parteiapparat, Leben, Schick, Kassenkarte und Trümpfen der KPÖ

**KAPFENBERG**  
**Sprechstunde mit KPÖ-Labg. Dr. Werner Murgg**  
Mittwoch, den 25. Oktober 2006  
10.00 bis 12.30 Uhr,  
bei der KPÖ Kapfenberg, Franz Bair Heim, Feldgasse 8,  
Anmeldung erbeten:  
Tel. 0676/ 61 32 771



**MÜRZZUSCHLAG**  
**Sprechstunde mit KPÖ-Labg. Dr. Werner Murgg**  
Mittwoch, den 25. Oktober 2006  
14.00 bis 16.0 Uhr,  
bei der KPÖ Mürzzuschlag, Wienerstraße 148  
Anmeldung erbeten:  
Tel. 0676/ 61 32 771

**Steirische Volksstimme**

Impressum: Steirische Volksstimme, Lagergasse 98a, 8020 Graz.  
Tel. 71 24 79,  
Fax 71 62 91  
email: [volksstimme@kpoe-steiermark.at](mailto:volksstimme@kpoe-steiermark.at)  
DVR: 0600008



## Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme: Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Fax 0316/ 71 62 91 e-post: volksstimme@kpoe-steiermark.at

### Fußball-Förderung

Das Land Steiermark übernahm eine Haftung von je 1,2 Millionen Euro für die Fußballvereine Sturm und GAK, dank derer beide weiter in der Bundesliga mitmachen dürfen. Wir fragten unsere Leserinnen und Leser. Hier einige Kommentare und Vorschläge:

„Höhere Eintrittspreise! Aber der Steuerzahler zahlt nicht nur für den Fußball, sondern auch pro Theaterkarte, Herberstein, LKH-West und vieles andere.“ Günther Heinzl

„Die Nachwuchstalente gehören gefördert.“ Helga Oberer

„Spieler sollen verkauft werden, die selten zum Einsatz kommen.“ Helmut Novak

„Ein Teil der Finanzierung durch öffentliche Gelder, da Fußball auch volkswirtschaftliche Vorteile bringt. Höhere Eintrittspreise kann ich nicht vertreten, da die Preise der beiden Grazer Klubs sowieso die höchsten in Österreich sind.“ Günter Dahn

„Günstigere Familienkarten anbieten, um Interessier beim Nachwuchs zu schüren. Und mehr Sponsoren aus der Wirtschaft aufreiben.“ Helmut Koweindl

„Vor allem ist mehr Laufbereitschaft und Einsatz bei den Kickern gefragt.“ Edi Aflenzer

„Profikicker dürfen nur geborene Österreicher sein. Und Spitzenfußballklubs müssen sich selbst finanzieren, sonst gehören sie aufgelöst.“ Franz Rolke

„Keine öffentliche Finanzierung und ein ehrenamtliches Management.“ Johann Oswald

„Öffentliche Förderungen sind eine Frechheit. Höhere Eintrittspreise und leistungsorientierte Gehälter für Spieler und keine Weiterzahlung des Gehaltes bei vorzeitigem Trainerwechsel gehört vereinbart.“ Florian Hütter

„Förderung durch die öffentliche

Hand mit strengen Auflagen.“

Bernhard Primus

„Egal ob Fußball, Tennis, Schifahren... - alle verdienen zu viel. Ein Stahlarbeiter bekommt nur einen Bruchteil davon.“ Nikolaj Labner

„Profifußballer verdienen viel zu viel.“ Anneliese Kundigraber

„Mehr Geld in die Jugend stecken. Auf Dauer erspart man sich dann teure ausländische Fußballer.“

Sonja Pieber

„Der Meisterschaftsmodus gehört geändert. In den 80er-Jahren gab es ein sehr spannendes Play-Off-System. Da kamen auch mehr Zuseher.“ Johann Oberwinkler

„Nicht so teure Spieler beschäftigen; eigene einsetzen, vorrangig die Jugend.“ Oskar Peter Rucker

„Normale Autos, weniger luxuriöse Reisen zu Trainingscamps.“

Hubert Grünwald

## SPRECHTAGE

des Zentralverbandes  
der Pensionisten

Montag bis Freitag  
von 10.00 bis 12.00 Uhr  
Lagergasse 98a, 8020 Graz

**Tel. 0316/  
71 24 80**

um Voranmeldung wird gebeten.

### Wir helfen und beraten bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Absetzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen

## Alleinerziehend sein = Alleingelassen sein Das muss nicht der Fall sein

### Alleinerzieher/innen-treffen

die einmal monatlich stattfinden ermöglichen ledigen, geschiedenen und verwitweten Müttern und Vätern den Austausch von Erfahrungen, das Einholen von Informationen rechtlicher, psychologischer oder medizinischer Natur oder auch das Knüpfen von Kontakten.

Kinderbetreuung möglich!

**Tel. 0699/ 126 12 120**

## Volksstimme im Gratis-Abo!

Die Steirische Volksstimme erscheint vier Mal pro Jahr als Sprachrohr des Landtagsklubs der steirischen KPÖ. Wir wollen über unsere Arbeit und die wichtigen Themen in der Steiermark fair und objektiv informieren. Leider ist es uns finanziell nicht möglich, stets in der ganzen Steiermark zu erscheinen. Sollten Sie also weiterhin

die Volksstimme kostenlos beziehen wollen oder Anregungen haben, dann melden Sie sich bei uns: **KPÖ-Ernest Kaltenegger, Herrengasse 16, 8010 Graz, Tel. (0316) 877-5104,**

**Fax (0316) 877-5108 oder email: volksstimme@kpoe-steiermark.at**



## Konsumenten und Elektrosmog

Die Ökobewegung hat beinahe schichtenübergreifend einen neuen Menschentypus hervorgebracht: den kritischen Konsumenten/die kritische Konsumentin. Während die Ausbeutung in der Arbeitswelt zu- und der Widerstand dagegen leider abnimmt, behalten wir es uns zunehmend vor, unser Privatleben so gut, also auch so gesund wie möglich, zu gestalten. Viele Menschen möchten sich und ihre Kinder nicht leichtfertig Gefahren aussetzen, die vermeidbar wären.

Nehmen wir nur das Beispiel „Elektrosmog“: Trotz intensiver Bemühungen fehlen bislang Studien, die einen Einfluss von Handymasten oder Mobiltelefonen, wo es sich um hochfrequente, nicht-ionisierende Strahlung (wichtig zur Unterscheidung von ionisierender Röntgenstrahlung!) handelt, auf die Gesundheit von Menschen klar nachweisen können. Trotz eines immensen Forschungsaufwandes sind keine wie auch immer gearteten Schädigungen am Menschen klar belegbar.

Allerdings liegt es nahe, dass ein Handymast in der Umgebung heute allein deshalb manche Menschen „krank macht“, weil sein Anblick im Glauben an eine schädigende Wirkung einfach stresst. Angst und Stress machen eben auch krank – umso wichtiger ist es, umfassend und seriös über Risiken aufzuklären. Vermutlich wird von vielen Menschen elektromagnetische Strahlung mit anderen – gesundheitsgefährdenden – Strahlungsarten wie Röntgenstrahlung oder radioaktiver Strahlung verwechselt.

DDr. Petra Stöckl

kurt palm (lesung), chrono popp (musik)

# best of „das kapital“

volkshaus graz, lagergasse 98a

28. september, 20 uhr

Kurt Palm, Kandidat auf der Bundesliste der KPÖ: Liste 6 in der Steiermark

## Militärmacht Europa: Was kommt auf uns zu?

# EU macht Österreich zum atomaren Spieler

Österreich hat sich 1978 von der Atomenergie verabschiedet. Nun kommt von der EU der Druck in Richtung Atomkraft und Atomwaffen.

In Österreich ist sowohl die zivile als auch die militärische Nutzung der Atomenergie verfassungsmäßig untersagt (Atomsperregesetz bzw. seit 1999 „Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich“). Über die EU-Ebene werden diese Verpflichtungen jedoch ständig ausgehöhlt.

Österreich ist Mitglied

bei EURATOM, deren Ziel es ist, „die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen“. Im 7. Rahmenprogramm für Forschung sollen die Mittel für das EURATOM-Programm von derzeit 1,2 auf 4,1 Milliarden Euro erhöht werden. Bereits heute zahlt das „Anti-Atomland“ Österreich jährlich ca. 40 Millionen Euro in die EU-Atomtöpfe – ein Betrag, der jetzt weiter steigen wird. Der EURATOM-Vertrag wurde sogar in den Anhang der derzeit auf Eis liegenden EU-Verfassung übernommen.

Über die Einbindung Ös-

terreichs in die EU-Militarisierung droht auch das Verbot der militärischen Nutzung zunehmend zur Makulatur zu verkommen. In diesem Jahr begrüßte einer der ranghöchsten Beamten im „Verteidigungs“ministerium, Erich Reiter, die EU-Vorhaben zur „Europäisierung der Atomwaffen“ und stellte fest: „Ja, Europa braucht atomare Abschreckung. Es muss bereit sein, die Atombombe auch einzusetzen.“

**F**ranz Parteder: „Österreich muss wieder zu einer entschiedenen Anti-Atompolitik zurückfinden und seine verfassungsmäßigen



*Verpflichtungen erfüllen. Das erfordert den sofortigen Austritt aus EURATOM und ein Ende der Unterordnung unter die EU-Militarisierung. Die zur ständigen, militärischen Aufrüstung verpflichtende EU-Verfassung und die Teilnahme an den EU-Schlachtgruppen („Battle-Groups“) im Rahmen der EU-Militärstrategien sind weder mit der verfassungsmäßigen Atomfreiheit noch mit der Neutralität Österreichs vereinbar.“*

## Billiger Tanken: Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen sie!

### Umfrage zu Treibstoff-Preisen:

Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

**Soll Landesrätin Edlinger-Ploder die Landestankstellen für alle öffnen?** (Bitte ankreuzen)

- 1.) Nein, den Sprit kann ich mir auch so leisten.
- 2.) Unbedingt, die Treibstoffpreise sind ein Wahnsinn.
- 3.) Unbedingt, weil sie dem Beschluss des Landtags zu folgen hat.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Falls Sie ein T-Shirt gewinnen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL)



An die **Steirische Volksstimme**

co KPÖ Steiermark  
Lagergasse 98a  
8020 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08



**Billiger Tanken.** Die Landtagsmehrheit von KPÖ und SPÖ hat beschlossen, dass die günstigeren Landestankstellen für die Steirer geöffnet werden sollen. Die zuständige ÖVP-Landesrätin Edlinger-Ploder verweigert den Vollzug des Beschlusses.

### Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Ernest Kaltenegger,  
Landhaus-Hinterhaus, 8010 Graz,  
Fax 0316/877 5108 oder email:  
volksstimme@kpoe-steiermark.at